

4. Bezirk – Wieden

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen
im ersten Halbjahr 2025

1

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellen der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte, der Klub der Grünen Wieden, der Klub von NEOS, der FPÖ-Bezirksrat Clemens Gudenus, die Links-Bezirksrätin Mag.^a Amela Pokorski und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Öffnungszeiten der zukünftigen Toilette am Karlsplatz

Die zuständige Magistratsabteilung 48 wird ersucht, für die zukünftige Toilette am Karlsplatz folgende Personalbetreuungszeiten festzulegen:

April bis Oktober

Montag - Mittwoch 12:00h - 22:00h

Donnerstag - Sonntag, Feiertag 12:00h - 24:00h

1x Autotourenreinigung Vormittag (gegen 8:00h)

November bis März

Montag - Sonntag, Feiertag 12:00h - 21:00h

1x Autotourenreinigung Vormittag (gegen 8:00h)

Begründung

Diese Zeiten wurden von der Magistratsabteilung 48 vorgeschlagen und sollen nach Eröffnung der Toiletteanlage vorläufig gelten, bis es entsprechende Erfahrungen zur Nutzung gibt. Es soll jedenfalls sichergestellt werden, dass die Toilette ein sicherer und hygienischer Ort für die Bevölkerung ist.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte, die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr die nachfolgende

Resolution

betreffend

Rechtswidrig überhöhte Mietzinse privater Immobilieninvestoren bekämpfen

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, Mieterinnen und Mieter auf der Wieden bei der Bekämpfung rechtswidrig überhöhter Mietzinse privater Immobilieninvestoren im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu unterstützen.

Begründung

Die steigenden Preise des privaten Mietsektors sind seit Jahren ein großes Thema für die Bewohnerinnen und Bewohner der Wieden. Die im Regierungsprogramm verankerten Maßnahmen zu einer bundesgesetzlichen Begrenzung höchstzulässiger Mieterhöhungen, erstmals auch für den bislang nicht-regulierten Bereich, sind ein wichtiger erster Schritt, gesetzliche Maßnahmen dagegen zu entwickeln. Ein großes Problem ist aber schon jetzt die Missachtung bestehender gesetzlicher Regelungen.

Mitte März machte die Arbeiterkammer Wien auf einen Missstand aufmerksam, der auch die Wieden massiv betrifft: Nach dem Abverkauf einer früher gemeinnützigen Bauvereinigung einer ehemaligen Großbank, gelangten Wohnhausanlagen ins Eigentum eines privaten Immobilieninvestors. Eine davon befindet sich auch auf der Wieden und umfasst laut Kaufvertrag 131 Wohneinheiten. In diesen Anlagen gelten im Rahmen des § 20 WGG weiterhin die Mietzinsbildungsvorschriften des WGG. Das bedeutet aktuell eine Quadratmeter-Miete samt Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrags in Höhe von € 4,38. Viele neue Mieter:innen sind darüber jedoch nicht informiert. Der Arbeiterkammer sind gleich mehrere Fälle bekannt, in denen Mieter:innen eine doppelt bis dreifach so hohe Nettomiete verrechnet wurde. Nach entsprechender rechtlicher Aufklärung und Geltendmachung der Forderung wurden die überhöhten Mieten für die durchgängig befristeten Mietverträge zurückgezahlt, wobei Beträge zwischen € 7.000 und € 15.000 rückerstattet wurden. Der Verdacht liegt nahe, dass der aktuelle Eigentümer das fehlende Wissen seiner Mieter:innen über die Geschichte des Gebäudes nutzt, überhöhte Mietpreise zu verrechnen.

Bezirksorganisation Wieden

Die Frau Bezirksvorsteherin hat bereits in der Vergangenheit Rechtsberatung rund um unzulässige AirBnB-Vermietungen in diesem Gebäude unterstützt und hat nun eine Informations-Offensive gestartet, um die Bewohnerinnen und Bewohner zu informieren und Rechtsberatung zur Verfügung zu stellen. Die Bezirksvertretung Wieden begrüßt diese Bemühungen und spricht sich dafür aus, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um Mieterinnen und Mieter bei der Bekämpfung rechtswidrig überhöhter Mietzinse zu unterstützen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Ausweitung Wiedner Sommerwochen

Die zuständige Magistratsabteilung 13 wird ersucht, in Abstimmung mit der Parkbetreuung Wieden und der Frau Bezirksvorsteherin das Angebot der Wiedner Sommerwochen um weitere 40 Plätze im Juli 2025 zu erweitern.

Begründung

Die Bezirksvertretung hat bereits im Vorjahr die Zahl der verfügbaren Plätze in der Ferienbetreuung der Wiedner Sommerwochen verdoppelt. Im heurigen Jahr waren die verfügbaren 160 Plätze bei Anmeldestart am 11.03.2025 innerhalb weniger Stunden ausgebucht. Nach Information des Wiedner Familienbunds wären bei Bereitstellung der entsprechenden Budgetmittel die notwendigen Personalressourcen für eine qualitätsvolle Ausweitung um weitere 40 Plätze im Juli 2025 verfügbar und dies könnte auch organisatorisch umgesetzt werden. Um sicherzustellen, dass für alle interessierten Familien schulpflichtiger Kinder ein Platz bereitgestellt werden kann, befürwortet die Bezirksvertretung eine entsprechende bedarfsgerechte Ausweitung des Angebots im Jahr 2025.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Hinweisschilder in Grünbeeten

Die zuständigen Magistratsabteilungen 42 und 48 werden ersucht, nach dem Vorbild der erfolgreichen Magistratsabteilung 48-Kampagnen und mit Hinweisschildern in allen Grünbeeten auf der Wieden eine Bewusstseinskampagne für mehr Sauberkeit in Grünbeeten umzusetzen.

Begründung

Auf der Wieden wurden allein im Vorjahr 100 neue Grünbeete umgesetzt und neu bepflanzt. Immer wieder kommt es zu Verschmutzungen dieser Beete durch achtlos entsorgten Müll, aber auch durch Hinterlassenschaften von Hunden. Sauberkeit im öffentlichen Raum ist auch eine Frage des Bewusstseins, wie die Magistratsabteilung 48 in der Vergangenheit mit ihrer erfolgreichen „Nimm-ein-Sackerl-für-dein-Gackerl“-Kampagne bewiesen hat. Mit Hinweisschildern und einer ähnlich aufgebauten Kampagne soll auch das Bewusstsein dafür gestärkt werden, dass die Verschmutzung von Grünbeeten uns allen schadet und unterlassen werden möge.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte, die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski Pokorski und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Barrierefreie Spielgeräte im Rubenspark

Die zuständige Magistratsabteilung 42 wird ersucht, bei der Auswahl von Spielgeräten im Zuge einer Neugestaltung des Rubensparks auch barrierefreie Spielgeräte zu prüfen.

Begründung

Die Bezirksvertretung Wieden hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach dafür ausgesprochen, bei der Neugestaltung von Spielflächen barrierefreie Spielgeräte anzuschaffen und damit einen Beitrag zur Inklusion in Parks und auf Spielplätzen zu leisten. Im Zuge der anstehenden Neugestaltung des Rubensparks wird daher dieser Beschluss in Erinnerung gerufen und ersucht, in Übereinstimmung mit den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses bei der Auswahl von Spielgeräten auch die mögliche Barrierefreiheit mitzudenken.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und die Grünen Wieden den nachfolgenden



Antrag

betreffend

Machbarkeitsprüfung Karlsgarten

Die zuständige Magistratsabteilung 42 wird ersucht, die im Zuge des Ideenwettbewerbs für den Karlsgarten eingegangenen Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen, bevor ein weiterer partizipativer Planungsprozess gestartet werden kann.

Begründung

Da sich der Betreiber des Vereins Karlsgarten nicht mehr in der Lage gesehen hat, die dort auftretenden Verschmutzungen vertragsgemäß zu beseitigen, wurde die einvernehmliche Auflösung des Vertrags in Aussicht genommen. Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl hat die Bezirksbewohner:innen eingeladen, Ideen für eine künftige Nutzung des Parkareals in der nicht einfachen Lage zwischen Wiedner Hauptstraße, Operngasse und Lothringerstraße einzubringen. Zahlreiche Vorschläge sind eingegangen, die von einem Klettergarten über einen Naturlehrpark, eine Hundezone bis hin zu einer gastronomischen Nutzung reichen. Bevor weitere Planungsschritte erfolgen, wird die Magistratsabteilung 42 ersucht, eine erste Abschätzung der Umsetzungsmöglichkeiten aller eingegangenen Ideen vorzunehmen, um dann in weiterer Folge auf Basis der realisierbaren Ideen weitere Planungsschritte zu setzen.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte , der Klub der Grünen Wieden und Links-Bezirksrätin Mag.^a Amela Pokorski den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Planungs- und Beteiligungsprojekt Kühnplatz

Die zuständigen Magistratsabteilungen 19, 28 und 42 werden ersucht, in Abstimmung mit der Bezirksvorsteherin ein Konzept für ein partizipatives Planungsverfahren für die Neugestaltung des Kinderspielbereichs und der Grünflächen am Kühnplatz zu entwickeln und der Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung im Umweltausschuss zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Für die Gestaltung des Kühnplatzes gibt es seit Jahren Anregungen und Wünsche von Anwohnenden. Nun zeichnet sich auch im Bereich der Kinderspielgeräte und der Bodenbeläge ein Erneuerungsbedarf in den nächsten Jahren ab. Eine Erneuerung der Spielgeräte und des Bodenbelags sollte im Sinne eines effizienten Mitteleinsatzes aber nicht losgelöst von einer potenziell weitergehenden Umgestaltung des Platzes vorgenommen werden, sondern diese mitdenken. Die zuständigen Dienststellen werden daher ersucht, die Potenziale einer Neugestaltung und die Vorbereitung eines partizipativen Planungsprozesses zu prüfen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Leitungsarbeiten am Mozartplatz für mehr Begrünungspotenzial nutzen

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 19 werden ersucht, in Vorbereitung notwendiger Gas- und Stromleitungsarbeiten am Mozartplatz, die für die Nutzung eines optimalen Begrünungspotenzials notwendigen Umgruppierungen der unterirdischen Leitungen zu prüfen.

Begründung

Die Bezirksvertretung Wieden hat sich bereits mehrfach für eine verstärkte Begrünung und Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Mozartplatz ausgesprochen. Ein großes Hindernis dafür waren in der Vergangenheit die unterirdisch verlaufenden Leitungen, die vor allem Baumpflanzungen nicht zuließen. Die Bezirksvorsteherin wurde nunmehr von den Wiener Netzen informiert, dass die Leitungen im Bereich des Mozartplatzes im Laufe des nächsten Jahres erneuert werden müssen. Diese notwendigen Arbeiten könnten genutzt werden, um die bestehenden Hindernisse für Baumpflanzungen zu beseitigen bzw. zu minimieren. Daher werden die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 19 ersucht, Begrünungspotenziale und dafür notwendige Verlegungen der Leitungsverläufe in enger Abstimmung mit den Wiener Netzen zu prüfen. Auf dieser Basis kann in weiterer Folge ein partizipatives Gestaltungsprojekt gestartet werden, um eine Neugestaltung des Platzes nach den Wünschen der Anwohnenden in Angriff zu nehmen und im Anschluss an die Leitungsarbeiten umzusetzen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte die nachfolgende

Resolution

betreffend die

Umgestaltung der Operngasse und der Margaretenstraße

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für eine Umgestaltung der Operngasse und der Margaretenstraße in der kommenden Legislaturperiode aus. Diese soll den Zielsetzungen der Verbesserung der Aufenthalts- und Querungsqualität für Bewohner:innen und Fußgänger:innen, der Verkehrsberuhigung des motorisierten Individualverkehrs bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Zufahrt für Bewohner:innen und der Aufrechterhaltung der Buslinie 59A, der qualitativen Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur sowie der Ausweitung der Grünflächen und des Baumbestands folgen. Sie möge unter größtmöglicher Beteiligung der Bewohner:innen in einem mehrstufigen Beteiligungsprozess erfolgen, aus den Mitteln des Zentralbudgets finanziert werden und unter Koordination mit dem Nachbarbezirk Margareten stattfinden.

Begründung

Die Operngasse und die Margaretenstraße zeichnen sich durch eine hohe Verkehrsbelastung durch motorisierten Individualverkehr sowie durch ein sehr hohes Aufkommen an Radverkehr sowie an Fußverkehr aus. Aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens haben sich in den letzten Jahren immer wieder Konflikt- und Gefahrensituationen ergeben, die durch Maßnahmen von Seiten des Bezirks und in Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 28, 33 und 46 entschärft werden konnten. Von Seiten der Anrainer:innen werden immer wieder Wünsche über Begrünungen, die Attraktivierung des Straßenraums und die Verbesserung der Querungsqualität für Fußgänger:innen, die Reduktion des Verkehrslärms, die Entflechtung von Rad- und Fußwegen und die Anhebung der Verkehrssicherheit geäußert.

Dem hohen Bedarf an und den vielen Wünschen auf Veränderung kann im Rahmen der gegenwärtigen baulichen Situation nicht Rechnung getragen werden. Zudem erlaubt es die gegenwärtige bauliche Situation laut mehrfacher Auskunft der Magistratsabteilung 46 nicht, den Verkehr dieses Straßenraums zu beruhigen, da sich eine Temporeduktion auf 30km/h aufgrund der Mehrspurigkeit der Fahrbahnen der Operngasse und der Margaretenstraße bis zum Wiedner Stern nachteilig auf die Verkehrssicherheit auswirken würde. Angesichts dieser für den Bezirk

Version 1 - 21.03.2025

Bezirksorganisation Wieden

problematischen Situation scheint nun der Zeitpunkt für eine Änderung der baulichen Situation geeignet, zumal sich auch der Bezirk Margareten für eine Umgestaltung der Margaretenstraße ausgesprochen hat. Dabei ist jedenfalls auch auf die Bedürfnisse und Wünsche der Anrainer:innen im Zuge eines Bürger:innenbeteiligungsprozesses Rücksicht zu nehmen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte die nachfolgende

Resolution

betreffend die

Modernisierung des Schwarzenbergplatzes

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für eine Modernisierung des Schwarzenbergplatzes in der kommenden Legislaturperiode nach den von der Bezirksvertretung Wieden am 12. Dezember 2019 („Einheitliches Gestaltungskonzept für den Umbau des Schwarzenbergplatzes“) einstimmig beschlossenen Leitlinien aus.. Die Planung und Umsetzung soll im Rahmen einer Koordination von Großprojekten im öffentlichen Raum erfolgen und die Finanzierung aus den Mitteln des Zentralbudgets vorgenommen werden.

Begründung

Der Schwarzenbergplatz ist ein zentraler Platz Wiens und mit seinen Sichtachsen auf den Hochstrahlbrunnen imposant und einzigartig. Zugleich stellt er mit seinem hohen Anteil an versiegelten Flächen und dem geringen Anteil an Grünraum eine urbane Hitzeinsel dar und bietet keine hohe Aufenthalts- und Querungsqualität. Immer wieder wurden in den letzten Jahren Stimmen laut, die eine Modernisierung dieses zentralen und zugleich an der Grenze dreier Wiener Bezirke liegenden Platzes fordern. Für eine solche Modernisierung ist es heute unumgänglich, die Mobilitätsformen des Umweltverbundes deutlich zu stärken und unter Bedachtnahme auf den historischen Charakter des Platzes eine deutliche Begrünung durch neue und vergrößerte Grünraumflächen sowie eine Vergrößerung des Baumbestandes vorzunehmen.

Die Bezirksvertretung Wieden hat sich bereits im Zuge der letzten öffentlichen Debatte frühzeitig für ein einheitliches Gestaltungskonzept ausgesprochen und dabei die folgenden Leitlinien festgelegt:

„Die Neugestaltung soll einem einheitlichen Gestaltungskonzept folgen, das der hohen Bodenversiegelung durch Betonflächen und der damit einhergehenden Erhitzung der Flächen und der hohen Windentwicklung durch neue Grün- und Baumflächen sowie Entsiegelungen entgegenwirkt (insbesondere im Bereich des ehemaligen Jugendgerichtshofs, des Gebäudes der Botschaft der Republik Frankreich und im Gleisbereich der Wiener Linien).

Bezirksorganisation Wieden

Die Querungsqualität für FußgängerInnen über den Schwarzenbergplatz bedarf einer deutlichen Verbesserung, wobei auch Sitzgelegenheiten angedacht werden sollen.

Die Querungsqualität für Radfahrende bedarf einer deutlichen Verbesserung, ebenso wie die Verkehrssicherheit bei den Überfahrten (insbesondere aber über die Brucknerstraße) dringend angehoben werden muss.

Die Abbiegerelation der Fahrbahn Gußhausstraße # Prinz-Eugen-Straße bedarf einer Anhebung der Leistungsfähigkeit, wobei eine „intelligente Ampel“ zur Steuerung der Verkehrsflüsse angedacht werden soll.

Der Schwarzenbergplatz bedarf eines neuen wartungsfreundlichen Beleuchtungskonzepts, das sich in den Platz mit historischen Leuchten einfügt, Angsträume in der Nacht vermeiden kann, den Platz deutlich besser ausleuchtet und dabei auch Bodenelemente mit Rutschgefahr vermeidet.

Für die Neugestaltung ist neben der Einbindung der Frau Bezirksvorsteherin auch eine möglichst umfassende Einbindung der Anrainer:innen vorzunehmen.“

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Senior:innen-Mobilität auf der Wieden

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die Amtsführende Stadträtin für Mobilität Mag.^a Ulli Sima und den Amtsführenden Stadtrat für die Wiener Stadtwerke Christoph Maschek nach dem Vorbild des während der Umbauarbeiten auf der Wiedner Hauptstraße angebotenen Shuttledienstes für mobilitätseingeschränkte Personen ein Pilotprojekt für die verbesserte Mobilität von Senior:innen für Arztbesuche, Kulturaktivitäten, Einkäufe etc. zu entwickeln, wobei insbesondere auch der Einsatz von Fahrrad-Taxis geprüft werden soll.

Begründung

Der öffentliche Verkehr in Wien zählt zu den am bestausgebauten der Welt. Gerade für ältere und in der Mobilität eingeschränkte Personen ist, trotz des ungemein wichtigen Einsatzes von Niederflur-Fahrzeugen, der Weg zu Ärzt:innen, zu Kulturaktivitäten oder zum Einkauf dennoch sehr beschwerlich. Gerade von dieser Gruppe wurde der während der Sperre der Wiedner Hauptstraße für den Straßenbahnverkehr eingesetzte Shuttledienst als äußerst wertvolles Angebot geschätzt, um solche Erledigungen teilweise leichter zu erledigen als während des Vollbetriebs der Öffi-Linien, weil für sie bereits der Weg zu den Stationen etc. beschwerlich ist. Eine Ergänzung des exzellenten Mobilitätsangebots könnte durch den Einsatz von Elektro-Taxis oder Fahrradtaxi klimaschonend bzw. unter Nutzung der neuen und hervorragenden neuen Radwegeverbindungen des Bezirks erfolgen. Die Bezirksvertretung ersucht die zuständigen Stadträt:innen darum, gemeinsam mit dem Bezirk ein Pilotprojekt zur Stärkung der Mobilität älterer und in ihrer Mobilität eingeschränkter Personen zu entwickeln.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Wurmhotel im Planquadratpark

Die zuständige Magistratsabteilung 42 wird ersucht, die mögliche Errichtung eines Wurmhotels in Abstimmung mit dem Betreiberverein zu prüfen und die für den Bezirk anfallenden Kosten für Errichtung und Betrieb abzuschätzen.

Begründung

Der Bezirk unterstützt seit vielen Jahren die gärtnerische Ausgestaltung und Ausstattung der Spielplätze in dem von einem gemeinnützigen Verein betriebenen Planquadrat-Park. Grundsätzlich erscheint die Parkfläche gut geeignet, um mit einem von Anwohnenden gewünschten „Wurmhotel“ Biomüll zu Humus zu verwandeln, der dann direkt für die Pflege der Parkflächen eingesetzt werden könnte. Die Umsetzung eines solchen Projekts soll daher in Abstimmung mit dem Verein geprüft und eine Kostenschätzung für Errichtung und Betrieb vorgenommen werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27.03.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Fortführung der proaktiven Grünpfeil-Prüfungen

Die Amtsführende Stadträtin für Mobilität Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die proaktive Prüfung von Kreuzungen, bei denen die Verkehrssicherheit die Anbringung von Grünpfeilen für Radfahrende ermöglicht, fortzuführen.

Begründung

Die Stadt Wien ist österreichweite Vorreiterin bei der Realisierung der von der letzten Bundesregierung geschaffenen Möglichkeit zur Verordnung von Rad-Grünpfeilen an Kreuzungen. Ganz wesentlich dafür ist die proaktive Prüfung von Ampelanlagen durch die zuständige Behörde Magistratsabteilung 46, die bereits in den letzten Jahren Schritt für Schritt Kreuzungen auf die Vereinbarkeit von Grünpfeilen mit der Verkehrssicherheit geprüft hat. In einem aktuellen Prüfverfahren hat die Magistratsabteilung 46 die Kreuzungen Wiedner Hauptstraße/Resselgasse, Wiedner Hauptstraße/Paniglgasse, Wiedner Hauptstraße/Floragasse, Wiedner Hauptstraße/Große Neugasse, Argentinierstraße/Gußhausstraße und die Anlage Rechte Wienzeile/Operngasse/Treitlstraße positiv geprüft. Keine Freigabe konnte nach Durchführung des verkehrsbehördlichen Verfahrens für die Wiedner Hauptstraße/Paulanergasse erfolgen. Die Bezirksvertretung Wieden ersucht darum, diese schrittweise Prüfung aller Ampelanlagen konsequent fortzuführen.

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025**

**KLIMAFITTE UND ZEITGEMÄSSE UMGESTALTUNG DER OPERNGASSE MIT
BÜRGER:INNENBETEILIGUNG**

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz und Bürger:innenbeteiligung, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 46 anzuweisen, eine umfassende, klimafitte und zeitgemäße Umgestaltung der Operngasse zu planen. Vor der Planung und Umsetzung soll eine breit angelegte Bürger:innenbeteiligung durchgeführt werden, um die Bedürfnisse und Anliegen der Bevölkerung frühzeitig einfließen zu lassen.

BEGRÜNDUNG:

Die Operngasse weist derzeit große Schwachstellen in Bezug auf Aufenthaltsqualität, Verkehrssicherheit und Klimaanpassung auf. Um den aktuellen und zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden, soll sie im Sinne einer lebenswerten und nachhaltigen Stadtentwicklung neu gestaltet werden.

Besonderer Wert soll dabei auf eine vorausschauende, klimafitte Planung gelegt werden – z. B. durch Begrünung, Entsiegelung, bessere Bedingungen für aktive Mobilität und mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Eine umfassende Bürger:innenbeteiligung im Vorfeld stellt sicher, dass die Bedürfnisse der Menschen vor Ort berücksichtigt und tragfähige Lösungen entwickelt werden.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025

VERKEHRSTECHNISCHE MÄNGELBEHEBUNGEN IN DER WIEDNER HAUPTSTRASSE NACH GENERALUMBAU

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 42 möge folgende Verbesserungsvorschläge bzw. Mängel, die nach dem Generalumbau der Wiedner Hauptstraße noch nicht behoben worden sind oder behoben werden konnten, so bald wie möglich überprüfen und umsetzen:

- Begrünung und Bepflanzung der drei Baumscheiben vor der Goldenen Kugel, Wiedner Hauptstraße 42

BEGRÜNDUNG:

Die Begrünung mit bienenfreundlicher Bepflanzung wurde schon am 17. Dezember 2020 in der Bezirksvertretung Wieden mehrheitlich befürwortet, aber leider noch immer nicht umgesetzt. Angesichts des großzügigen Umbaus mit der Schaffung von Grünflächen auf der gegenüberliegenden Straßenseite ist für die Straßenseite mit den geraden Ordnungsnummern, die noch über eine intakte Geschäftsstruktur verfügt, eine Begrünung und Bepflanzung im finanziell verträglichen Rahmen (kein Umbau, keine Schaffung von Beeten, keine Veränderung der Randsteine) durchaus finanziell zumutbar. Zumal für diese Beete auch Schwammsteine eingebaut wurden, sollte damit auch die Bewässerung leichter gewährleistet sein.

Die Wiedner Hauptstraße wurde im November nach der Generalsanierung eröffnet. Einige Mängel wurden schon in den letzten Monaten behoben, doch einiges ist noch nicht erledigt, oder hat sich erst jetzt in der Benutzung als fehlerhaft, störend oder lieblos erwiesen.

BRin Mag.^a Barbara Neuroth

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025****VERKEHRSTECHNISCHE MÄNGELBEHEBUNGEN IN DER WIEDNER
HAUPTSTRASSE NACH GENERALUMBAU****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 46 und 28 mögen folgende Verbesserungsvorschläge bzw. Mängel, die nach dem Generalumbau der Wiedner Hauptstraße noch nicht behoben worden sind oder behoben werden konnten, so bald wie möglich überprüfen und umsetzen:

- Randsteinkante bei Schleifmühlgasse/Wiedner Hauptstraße beim Zebrastreifen ist zu hoch

BEGRÜNDUNG:

Die Wiedner Hauptstraße wurde im November nach der Generalsanierung eröffnet. Einige Mängel wurden schon in den letzten Monaten behoben, doch einiges ist noch nicht erledigt, oder hat sich erst jetzt in der Benutzung als fehlerhaft, störend oder unpraktisch erwiesen.

BRin Mag.^a Barbara Neuroth

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025****VERKEHRSTECHNISCHE MÄNGELBEHEBUNGEN IN DER WIEDNER
HAUPTSTRASSE NACH GENERALUMBAU****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 46 und 28 mögen folgende Verbesserungsvorschläge bzw. Mängel, die nach dem Generalumbau der Wiedner Hauptstraße noch nicht behoben worden sind oder behoben werden konnten, so bald wie möglich überprüfen und umsetzen:

- Verkehrszeichen Radweg benützen Ecke Paniglgasse verdeckt Ampel (ist in Sichthöhe der Radfahrenden verdeckt)

BEGRÜNDUNG:

Die Wiedner Hauptstraße wurde im November nach der Generalsanierung eröffnet. Einige Mängel wurden schon in den letzten Monaten behoben, doch einiges ist noch nicht erledigt, oder hat sich erst jetzt in der Benutzung als fehlerhaft, störend oder unpraktisch erwiesen.

BRin Mag.^a Barbara Neuroth

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025****VERKEHRSTECHNISCHE MÄNGELBEHEBUNGEN IN DER WIEDNER
HAUPTSTRASSE NACH GENERALUMBAU****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 46 und 28 mögen folgende Verbesserungsvorschläge bzw. Mängel, die nach dem Generalumbau der Wiedner Hauptstraße noch nicht behoben worden sind oder behoben werden konnten, so bald wie möglich überprüfen und umsetzen:

- Vorgrün für die stadteinwärts-Radelnden bei der Ampel Wiedner Hauptstraße /Paulanergasse, um Konflikte mit den einbiegenden KFZ in die Paulanergasse zu vermeiden.

BEGRÜNDUNG:

Die Wiedner Hauptstraße wurde im November nach der Generalsanierung eröffnet. Einige Mängel wurden schon in den letzten Monaten behoben, doch einiges ist noch nicht erledigt, oder hat sich erst jetzt in der Benutzung als fehlerhaft, störend oder unpraktisch erwiesen.

BRin Mag.^a Barbara Neuroth

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

**RESOLUTION FÜR KLIMASCHUTZ****RESOLUTIONSANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Wieden bekennt sich klar und unmissverständlich zum Klimaschutz. Dieses Bekenntnis umfasst das Ziel, Energie- und Verkehrspolitik nachhaltig, sozial gerecht und zukunftsorientiert zu gestalten sowie den Schutz natürlicher Lebensräume sicherzustellen.

Konkret bedeutet das:

Die ökologische Verträglichkeit von Straßen- bzw Tunnel-Bauprojekte ist wesentliche Entscheidungsgrundlage.

Die Bevölkerung soll weiterhin dabei unterstützt werden, klimafreundliche Maßnahmen umzusetzen, wie den Umstieg auf klimafreundliche Heizsysteme, der Installation von Photovoltaikanlagen oder beim Umstieg auf emissionsfreie Mobilität.

Die Bezirksvertretung Wieden setzt sich dafür ein, dass Klimaschutz nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch sozial leistbar und gerecht gestaltet wird.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 stellt die sozialdemokratische Bezirksrätin Ursula Prager-Ramsa nachstehenden

Abänderungsantrag

betreffend

Antrag 23:

Der Antrag möge um die folgende Formulierung ergänzt werden:

"Die Bezirksvertretung Wieden bekennt sich weiters zur Wiedner Klimaschutzstrategie sowie zur Wiener Klima-Strategie, die darauf abzielen, Wien klimaneutral, klimaresilient und klimagerecht zu gestalten und wird alle erforderlichen Schritte setzen, um ihren Beitrag zur Erfüllung der Wiener Klimaziele zu leisten. Damit unterstützt der Bezirk nicht zuletzt Wiens Vorreiterrolle als erstes Bundesland, das ein Klimagesetz verabschiedet hat und bereits seit vielen Jahren mit der Wiener SmartCity-Strategie an einer sozialökologischen Stadt der Zukunft arbeitet."

Ursula Prager-Ramsa

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025****ERRICHTUNG EINES RADWEGES VOR EVANGELISCHER SCHULE AM KARLSPLATZ****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28, 42 und 46 mögen prüfen, ob durch eine Flächenänderung im Bereich vor der Evangelischen Schule ein alternativer Radweg hinter der Baumreihe geschaffen werden könnte und das Prüfungsergebnis der Frau Bezirksvorsteherin mitzuteilen, um eine weitere Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission zu ermöglichen.

BEGRÜNDUNG:

Täglich kommt es am Karlsplatz vor der Evangelischen Schule zu gefährlichen Situationen. Der begrenzte Platz, zahlreiche Kinder und die stark frequentierte Radwegverbindung führen immer wieder zu Konflikten.

Die eingeführte Begegnungszone hat bislang kaum Verbesserungen gebracht. Daher braucht es eine umfassende Neugestaltung des Schulvorplatzes, um die Sicherheit der Schulkinder zu erhöhen und gleichzeitig den Radverkehr flüssig zu halten.

Der Radweg soll hinter die erste Baumreihe verschwenkt werden, um mehr Platz vor der Schule zu schaffen. Dieser Bereich soll zudem deutlich vergrößert und mit Pollern geschützt werden, um eine sichere Trennung der Verkehrsteilnehmer:innen zu gewährleisten.

Ein Zebrastreifen über den Radweg soll klar signalisieren, dass Kinder Vorrang haben. Zusätzlich soll ein Schülerlotse während der Schulbeginn- und -endzeiten mit einer Kelle das sichere Queren ermöglichen.

Diese Maßnahmen würden sicherstellen, dass alle Kinder gefahrlos in die Schule gelangen, während der Radverkehr weiterhin reibungslos fließt.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN UND DER
LINKS-BEZIRKSRÄTIN MAG.A AMELA POKORSKI
IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM
27. MÄRZ 2025**



EINFÜHRUNG VON MÜLLTRENNUNGSBEHÄLTERN IM ÖFFENTLICHEN RAUM

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 48 anzuweisen, die bestehenden Restmüllbehälter im öffentlichen Raum durch Mülltrennungsbehälter zu ersetzen, die eine getrennte Entsorgung von Restmüll, Recycling (gelbe Tonne), Bio-Müll und Papier ermöglichen.

BEGRÜNDUNG:

Eine effektive Mülltrennung ist ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz. Durch die Bereitstellung entsprechender Behälter im öffentlichen Raum wird es Bürger:innen und Besucher:innen erleichtert, Abfälle umweltfreundlich zu entsorgen und wertvolle Ressourcen dem Recycling zuzuführen.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Mag.a Amela Pokorski
Bezirksrätin

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. März 2025****TEMPO 30 IN DER FAVORITENSTRASSE****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, auf der Favoritenstraße im vierten Bezirk Tempo 30 umzusetzen, ausgenommen öffentlicher Verkehr, so wie es in anderen Teilen Wiens bereits umgesetzt wurde.

BEGRÜNDUNG:

Tempo 30 führt nur zu unerheblichen Fahrzeitverlängerungen, sorgt jedoch für deutlich weniger Lärmemissionen, zu deutlich höherer Verkehrssicherheit, zu weniger Feinstaub, Luftverschmutzung und vor allem zu weniger CO₂-Ausstoß.

Damit ist klar belegt, dass die Vorteile deutlich überwiegen und eine Umsetzung in Zeiten der herannahenden Klimakatastrophe unbedingt notwendig ist.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025



TEMPO 30 IN DER OPERNGASSE/MARGARETENSTRASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, auf der Operngasse und Margaretenstraße im vierten Bezirk Tempo 30 umzusetzen, ausgenommen öffentlicher Verkehr, so wie es in anderen Teilen Wiens bereits umgesetzt wurde.

BEGRÜNDUNG:

Tempo 30 führt nur zu unerheblichen Fahrzeitverlängerungen, sorgt jedoch für deutlich weniger Lärmemissionen, zu deutlich höherer Verkehrssicherheit, zu weniger Feinstaub, Luftverschmutzung und vor allem zu weniger CO₂-Ausstoß.

Damit ist klar belegt, dass die Vorteile deutlich überwiegen und eine Umsetzung in Zeiten der herannahenden Klimakatastrophe unbedingt notwendig ist.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin Stellvertreter



**RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER
SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025****RESOLUTION FÜR TEMPO 30 IN DER PRINZ-EUGEN-STRASSE****RESOLUTIONSANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, in der Prinz-Eugen-Straße Tempo 30 umzusetzen, ausgenommen öffentlicher Verkehr, so wie es in anderen Teilen Wiens bereits umgesetzt wurde.

BEGRÜNDUNG:

Tempo 30 führt nur zu unerheblichen Fahrzeitverlängerungen, sorgt jedoch für deutlich weniger Lärmemissionen, zu deutlich höherer Verkehrssicherheit, zu weniger Feinstaub, Luftverschmutzung und vor allem zu weniger CO₂-Ausstoß.

Damit ist klar belegt, dass die Vorteile deutlich überwiegen und eine Umsetzung in Zeiten der herannahenden Klimakatastrophe unbedingt notwendig ist.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin Stellvertreter



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025****TEMPO 30 IN DER WIEDNER HAUPTSTRASSE****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, in der Wiedner Hauptstraße Tempo 30 umzusetzen, ausgenommen öffentlicher Verkehr, so wie es in anderen Teilen Wiens bereits umgesetzt wurde.

BEGRÜNDUNG:

Tempo 30 führt nur zu unerheblichen Fahrzeitverlängerungen, sorgt jedoch für deutlich weniger Lärmemissionen, zu deutlich höherer Verkehrssicherheit, zu weniger Feinstaub, Luftverschmutzung und vor allem zu weniger CO₂-Ausstoß.

Damit ist klar belegt, dass die Vorteile deutlich überwiegen und eine Umsetzung in Zeiten der herannahenden Klimakatastrophe unbedingt notwendig ist.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025****KLEINKINDSPIELGERÄTE FÜR BRAHMSPLATZ****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 42 wird ersucht, den Kinderspielplatz Brahmsplatz ‚klimafit‘ und ‚kleinkinderfit‘ zu gestalten. Es mögen Rindenmulch und Sand neu ausgebracht werden sowie eine Beschattung über dem neuen Teil der Sandkiste angebracht werden. Im südöstlichen Teil des Parks möge ein neuer Kleinkinderbereich mit Geräten geschaffen werden, die eine Höhe von 20-50 cm nicht überschreiten.

BEGRÜNDUNG:

Der Kinderspielplatz Brahmsplatz wird täglich von umliegenden Kindergärten genutzt, u.a. auch von Kleinkindergruppen. Die vorhandenen Geräte sind für Kinder von 1 bis 3 Jahren nicht geeignet. Ein neu gestalteter Bereich würde die Aufenthaltsqualität für die Kleinsten erheblich verbessern.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 stellt die sozialdemokratische Bezirksrätin Ursula Prager-Ramsa nachstehenden

Abänderungsantrag

betreffend

Antrag 30: Kleinkindspielgeräte für Brahmsplatz

Nach ‚kleinkinderfit‘ soll „in Abstimmung mit allen Stakeholdern, insbesondere den umliegenden Kindergärten“ eingefügt werden. Die beiden letzten Sätze sind zu streichen.

Ursula Prager-Ramsa

**AUSWEITUNG DES PROJEKTS ZERO EMISSION AUF DER WIEDEN****RESOLUTIONSANTRAG:**

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, das Projekt „Zero Emission“ der Wiener Wirtschaftskammer auf den vierten Bezirk auszuweiten und eine freiwillige Verpflichtung von Zustellern und Lieferanten auf Zero Emission Fahrzeuge zu erwirken.

BEGRÜNDUNG:

Ein großer Teil der Zustellungen im vierten Bezirk erfolgt mittels veralteter Dieselfahrzeuge. Eine freiwillige Verpflichtung der Zusteller auf Zero Emission Fahrzeuge verringert die gesundheitliche Belastung der Bevölkerung im vierten Bezirk deutlich.

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025****RADIALE RADWEGE DURCH DEN BEZIRK****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz und Bürger:innenbeteiligung, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 18 anzuweisen, ein Konzept für die Planung und Umsetzung von mehreren radial verlaufenden Radwegen durch den Bezirk zu erarbeiten. Dabei soll auch die Möglichkeit einer sinnvollen Fortführung in den Nachbarbezirken mitgedacht werden

BEGRÜNDUNG:

In den letzten Jahren wurde hochwertige Radinfrastruktur auf der Wiedner Hauptstraße und der Argentinierstraße geschaffen. Eine durchgängige und sichere Radverbindung durch den Bezirk fehlt jedoch weiterhin, insbesondere entlang der Busroute des 13A. Um eine durchgehende, sichere und leistungsfähige Radverkehrsverbindung zu gewährleisten, soll die MA 46 ein Konzept für eine optimale Radführung entwickeln, das die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer:innen berücksichtigt.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025****UMWANDLUNG DES EINRICHTUNGSRADWEGS AM INNEREN WIEDNER GÜRTEL
IN EINEN ZWEI-RICHTUNGS-RADWEG****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz und Bürger:innenbeteiligung, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 46 anzuweisen, den bestehenden Einrichtungsradweg am Inneren Wiedner Gürtel zwischen Prinz-Eugen-Straße und Argentinierstraße in einen Zwei-Richtungs-Radweg umzuwandeln.

BEGRÜNDUNG:

Der Radweg ist ausreichend breit, um eine Führung in beide Richtungen zu ermöglichen. Derzeit sind manche Ziele am Inneren Wiedner Gürtel von der Argentinierstraße aus nur schwer erreichbar, da Radfahrende gezwungen sind, zunächst auf den Radweg am Äußeren Wiedner Gürtel zu wechseln. Eine direkte Zweirichtungsführung würde die Erreichbarkeit verbessern und unnötige Umwege vermeiden.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

35
**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025**



GRÜNPFEIL BEI AMPEL TREITLSTRASSE/WIEDNER HAUPTSTRASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, das Rechts-Abbiegen bzw. Geradeaus-Fahren nach Halt und bei Rot für folgende Kreuzungen zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen:

Rainergasse – Johann-Strauß-Gasse: rechts abbiegen in die Johann-Strauß-Gasse

Weyringergasse- Argentinierstraße: rechts abbiegen in die Weyringergasse, sowie rechts abbiegen in die Argentinierstraße

Rechte Wienzeile – Schleifmühlgasse: rechts abbiegen in die Schleifmühlgasse

Rechte Wienzeile – Operngasse: rechts abbiegen in die Operngasse

BEGRÜNDUNG:

Durch die seit 1.10.2022 gültige 33.Novelle der Straßenverkehrsordnung wurde eine rechtliche Möglichkeit geschaffen, das Rechts-Abbiegen nach Halt- für Radfahrer*innen bei einer roten Ampel zu erlauben. Zumindest sofern eine entsprechende Zusatztafel - der sogenannte Grünpfeil für das Rad (StVO §54 (5n)) - an der betreffenden Ampel angebracht ist. Das soll verhindern, dass der Radverkehr, den wir ja alle fördern wollen, unnötig lange an roten Ampeln warten muss. Nach einem kurzen Halt kann die Fahrt wie bei einem Stoppschild fortgesetzt werden.



In Wien wurden bereits einige Grünpfeile installiert, die Stadt Wien hat aber die Überprüfung weiterer Ampeln angekündigt. Deshalb haben initiative Bürger*innen auf Facebook weitere in Frage kommende Kreuzungen bzw. Abbiegerelationen vorgeschlagen.

Diese Kreuzungen sollen nun von der Magistratsabteilung 46 geprüft und gegebenenfalls mittels Grünpfeil nachgerüstet werden.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Version 2 - 26.03.2025

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025**

BUSSPUR OHNE TAXIBENÜTZUNG IN DER RAINERGASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 46 wird ersucht, die Busspur in der Rainergasse von der Graf-Starhemberg-Gasse bis zur Favoritenstraße ohne Taxibenutzung zu verordnen.

BEGRÜNDUNG:

Wie auf dem Foto blockieren immer wieder Taxis die Haltestelle Belverderegasse des 13A in der Rainergasse. Um das schnelle Vorankommen des 13A zu gewährleisten ist es wichtig die Busspur in diesem Bereich ohne Taxibenutzung zu verordnen.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin-Stellvertreter





ILLEGALES PARKEN UNTERBINDEN: POLLER FÜR ROSA-MAYREDER-PARK

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 28 für Straßenverwaltung und Straßenbau wird ersucht, auf der Treitlstraße Poller zu platzieren, damit das widerrechtliche Abstellen von Fahrzeugen nicht möglich ist.

BEGRÜNDUNG:

Im Rosa-Mayreder-Park wurde ein bestehender Poller entfernt. Das führt dazu, dass die Flächen des Parks zum illegalen Abstellen von Kfz verwendet werden.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

FUSSGEHER:INNENFREUNDLICHE AMPELSCHALTUNGEN**ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, für alle mit einer Ampel regulierten Schutzwege auf der Wieden die folgenden Daten zu erheben und der Frau Bezirksvorsteherin für eine Diskussion in der Verkehrs- und Planungskommission zu übermitteln:

- Länge des Schutzweges
- Dauer der Grünphase für Fußgeher:innen; bei unterschiedlichen Frequenzen bitte die kürzeste Dauer angeben
- Die aus diesen beiden Werten errechnete minimale Schrittgeschwindigkeit die für eine Überquerung des Schutzweges notwendig ist

Die Erhebung soll auch jene Kreuzungen an den Bezirksgrenzen beinhalten, die nicht gänzlich im Bezirk liegen, insbesondere am Gürtel und im Bereich des Schwarzenbergplatzes.

BEGRÜNDUNG:

Ampelschaltungen orientieren sich in der Regel an den Bedürfnissen des Autoverkehrs. Fußgeher:innen bleiben dabei oftmals auf der Strecke. Die Grünphasen sind für diese teilweise so kurz programmiert, dass eine legale und sichere Querung, insbesondere für ältere Menschen und Familien mit Kleinkindern, nicht möglich ist.

Die Datenerhebung dient der konkreten Beschreibung der Problemlage, um in weiterer Folge gezielte Gegenmaßnahmen durchführen zu können.

Mathias Tausig
Bezirksrat

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025****BESSERE SICHTBARMACHUNG DES RADWEGS BEI DEN KREUZUNGEN
MAYERHOFGASSE UND SCHAUMBURGERGASSE****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, den neuen Radweg in der Wiedner Hauptstraße im Bereich der Kreuzungen mit der Mayerhofgasse und der Schaumburgergasse durch geeignete Bodenmarkierungen, etwa eine vollflächige Einfärbung oder mehrere Piktogramme, für die querenden Autos besser sichtbar zu machen.

BEGRÜNDUNG:

An den genannten unmittelbar aufeinanderfolgenden Kreuzungen besteht eine Fahrradkreuzung mit Blockmarkierung, also Vorrang für Fahrräder. Da der Radweg aber aufgrund seiner Neuheit noch nicht so gut bekannt ist und die Blockmarkierungen durch ihre Anbringung auf einer Schräge auch nur schlecht sichtbar sind, wird dieser Vorrang von abbiegenden Autos oftmals missachtet, was zu gefährlichen Situationen führt. Eine bessere Sichtbarmachung kann hier helfen, Unfällen vorzubeugen. Die Umsetzung sollte so rasch als möglich erfolgen, also noch vor Beginn der „Hauptsaison“ auf den Wie(d)ner Radwegen.

Mathias Tausig
Bezirksrat

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025****KLÄRUNG DER EIGENTUMS UND WIDMUNGSVERHÄLTNISSE IM
RESSELPARK****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilungen 28, 42 und 46 mögen überprüfen, ob durch eine Klärung und Vereinfachung der gemischten Eigentumsverhältnisse im Bereich des Ressel Parks bis zur Bebauung im Bereich der Adressen Karlsplatz ON 8 bis ON 14 eine universale Zuständigkeit für die Magistratsabteilung 42 zum Schutz der Parkfläche von Vorteil ist.

BEGRÜNDUNG:

Die Eigentumsverhältnisse im Resselpark sind historisch gewachsen, keiner weiß genau wo die Flächen liegen für die die Magistratsabteilung 28 zuständig ist, gegenüber jenen, für die die Magistratsabteilung 42 zuständig ist. Der Resselpark ist heute eine ausgedehnte Parkfläche mit Altbaumbestand, dient der Erholung der Menschen und gelegentlich Veranstaltungen, die für viele Menschen attraktiv sind. Die Durchwegung ist klar durch asphaltierte Flächen geregelt, die sich an alten Straßenverläufen orientiert. Durch Bestrebungen der Bezirksvertretung und der Stadt wurden in den letzten Jahren Flächen entsiegelt, bzw wasserdurchlässige Belege eingesetzt. Bei Diskussionen rund um die Nutzungsbedarf im Resselpark (zB. Einfahrtsgenehmigungen für KFZ bei Baustellen) kommt es aber öfter zu Unklarheiten! Solche Unklarheiten ließen sich leichter aufklären, wenn nur eine Magistratsabteilung für die Parkanlage zuständig wäre. Und wohl keine könnte den Schutz des größten, zusammenhängenden öffentlichen Parkanlage im 4. Bezirk besser gewährleisten als die Magistratsabteilung 42.

BRin Mag.^a Barbara Neuroth

**RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG
DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025****WIEN – HAUPTSTADT DER CHANCENGLEICHHEIT****RESOLUTIONSANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Wiedner Bezirksvertretung stellt sich anlässlich des 8. März, des Internationalen feministischen Kampftags, dem rückwärtsgewandten, frauen*feindlichen Wind, der wieder schärfer durch Medien und Politik weht, entschieden entgegen. Sie verteidigt hart erkämpfte Frauen*rechte und bekräftigt ihren Willen, Wien zur Hauptstadt der Chancengleichheit werden zu lassen.

BEGRÜNDUNG:

Frauen* und weiblich gelesene Personen erfahren immer noch viel zu oft Gewalt. Das eigene Zuhause ist für viele der unsicherste Ort. Trennungen sind für viele der gefährlichste Moment in ihrem Leben. In Österreich ist jede 3. Frau* ab dem Alter von 15 Jahren von physischer oder psychischer Gewalt betroffen. Eine noch stärkere Investition in gendersensible Mädchen*- und Bubenarbeit, in Gewaltprävention und Gewaltschutz sind unumgänglich, um Frauen* und weiblich gelesene Personen ein sicheres und selbstbestimmtes Leben zu gewährleisten. Frauen* und weiblich gelesene Personen sind zudem nach wie vor mit strukturellen Benachteiligungen konfrontiert. So werden Frauen* und Männer immer noch für gleichwertige Arbeit ungleich entlohnt. Im Durchschnitt liegt die Einkommensdifferenz bei 12,18 %. Der Gender Pension Gap (geschlechtsspezifische Pensionslücke) ist sogar noch höher: Frauen* erhalten um 40,1 % weniger Pension.

Denn wichtige Care-Arbeit (Betreuung und Erziehung der Kinder, Versorgung und Pflege älterer und/oder kranker Familienmitglieder) ist nicht nur unbezahlt, sondern wird immer noch vorwiegend von Frauen* verrichtet. Flächendeckende qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr und Lohntransparenz wären wirksame Hebel für Gleichstellung und die Beseitigung von Frauen*armut. Die – zum Glück gescheiterten – Koalitionsverhandlungen von FPÖ und ÖVP und die Politik der FPÖ in anderen Bundesländern zeigen: Es weht ein frauen*feindlicher und rückwärtsgewandter Wind. Zurückfahren statt Ausbau von Gewaltschutz, Herdprämien statt flächendeckendem Ausbau von Kinderbetreuung, patriarchale Rollenbilder statt Freiheit und Selbstbestimmung. Hart erkämpfte Frauen*rechte sind unter Druck. Es gilt, diese wachsam und mutig zu verteidigen. Denn Frauen*rechte sind Menschenrechte!

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die KUNDMACHUNG soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Bezirksamtes Wieden binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen und auf der offiziellen Webseite des Bezirks Wieden veröffentlicht werden.

Betrifft: Blut spenden, Leben retten!

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. März 2025 folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich für Maßnahmen aus, die zum Blutspenden aufrufen.

Begründung

Die Umgestaltung der Wiedner Hauptstraße führte zu einem starken Rückgang der Blutspenden. Durch den Umbau werden Zufahrten zur Blutspendezentrale in der Wiedner Hauptstraße erschwert. Offensive Information und Werbung für Blutspenden können helfen diesen Rückgang auszugleichen.

Betrifft: Baumpflanzungen Wiedner Hauptstraße

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. März 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 42 Wiener Stadtgärten möge rasch neue Baumpflanzungen auf der Wiedner Hauptstraße Höhe/Ecke Lambrechtgasse (siehe Fotos) veranlassen.

Begründung

Im Zuge des „klimafiten“ Umbaus der Wiedner Hauptstraße wurden auch Bäume Höhe/Ecke Lambrechtgasse (siehe Fotos) gefällt. Bäume leisten jedoch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, daher mögen diese rasch nachgepflanzt werden.



Betrifft: Büsche Grünfläche Kreuzherrengasse Ecke Argentinierstraße nachpflanzen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. März 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 42 möge die fehlenden Büsche bei der Grünfläche Kreuzherrengasse Ecke Argentinierstraße, auf der auch das Gluckdenkmal steht, rasch nachpflanzen, wie bereits in der BV-Sitzung vom 27. Juni 2024 gefordert und beschlossen wurde.

Begründung

Die fehlenden Büsche hinterlassen einen wenig gepflegten Eindruck und Nachpflanzungen würden das gesamte Ensemble optisch aufwerten.



Betrifft: Errichtung einer Gedenktafel

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. März 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Zuständige Stadträtin Mag. Veronica Kaup-Hasler möge in Abstimmung mit den Magistratsabteilungen 28 und 42 die Anbringung einer Gedenktafel für die Verstorbenen im Bereich des im Zuge der Umbauarbeiten der Argentinierstraße entdeckten historischen Friedhofs (am unteren Ende der Argentinierstraße), veranlassen, wie bereits in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. März 2024 beschlossen wurde.

Begründung

Die entdeckten Gräber gehören vermutlich zu einem Friedhof, der in unmittelbarer Nähe der Karlskirche gelegen war und Ende des 18. Jahrhunderts zugeschüttet wurde. Laut Dokumenten aus Archiven und dem Rektor der Karlskirche Marek Pučalík könne es sich aber auch um jenen Friedhof handeln, den Kaiser Karl VI. 1738 dem Prager Kreuzherrenorden in Auftrag gab, quasi als Auflage für die Verleihung der neu erbauten Kirche. Daher wurde seitens des Rektors auch die Krypta der Karlskirche als letzte Ruhestätte für die Gebeine angeboten.

Die Grabstellen wurden auch von der Stadtarchäologie befundet.

Die Errichtung einer Gedenktafel wäre nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Gedenken an die Verstorbenen, sondern auch eine Bereicherung für die Kulturstadt Wien.

Betrifft: Mehr Transparenz im Bezirksbudget

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. März 2025 folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich für mehr Transparenz im Bezirksbudget Wieden aus. Die Veröffentlichung der Budgetzahlen sollte im Sinne einer klassischen Buchhaltung, mit deutlicher Herausstellung der Fördersummen, aber auch Schuldenaufstellungen (Zahlungen aus dem Zentralbudget) und Tilgungsplänen durchgeführt werden.

Begründung

In der wienweiten Regelung der Darstellung des Bezirksbudgets gibt es großen Verbesserungsbedarf. Unter anderem sind die Gegenrechnungen von Fördersummen aus dem Budget der Stadt und den in den Bezirksbudget angegebenen Projektkosten für die Öffentlichkeit nicht zu erkennen. Die prozentuellen Angaben, welche Projekte in welcher Höhe mitfinanziert werden, fehlen komplett. Damit wurden verantwortungsvolle Entscheidungen erschwert und entsprechende Erklärungen gegenüber der Bevölkerung fast verunmöglicht.

Deshalb macht es Sinn, dass die Gemeinde Wien ihre Buchhaltung insofern umstellt, dass in Zukunft eine transparentere Systematik verwendet wird, die den Bezirken die Arbeit erleichtert und damit auch verständlicher für die Wienerinnen und Wiener wird.

Betrifft: Parkplatzverlust feststellen

Die unterzeichnenden Bezirksräte DI Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. März 2025 folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich für eine regelmäßige Feststellung/Erhebung der verfügbaren KFZ-Stellplätze (=Übersicht über Verluste und Gewinne von Stellplätzen) auf der Wieden aus.

Begründung

Eine umfassende Anfrage vom 14. Dezember 2023 und ein Antrag vom 14. März 2024 ergaben, dass seitens der zuständigen Dienststellen keine „Gesamtstatistiken und Zeitreihen“ zum Parkplatzverlust auf der Wieden geführt werden.

Täglich steigt die Parkplatznot auf der Wieden, vor allem Anrainerinnen und Anrainer sowie Gewerbebetriebe leiden unter einer fehlgeleiteten Verkehrspolitik auf der Wieden. Eine regelmäßige Feststellung/Erhebung der verfügbaren KFZ-Stellplätze wäre eine wichtige Grundlage für einen politischen Richtungswechsel der Verkehrspolitik im 4. Bezirk.

51-1



Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 stellt der Grüne BV-Stv Pascal Riepl nachstehenden

Abänderungsantrag

betreffend

Resolution 51 Parkplatzverlust feststellen

Die Resolution möge folgendermaßen ergänzt werden:

Die Bezirksvertretung spricht sich für eine regelmäßige Feststellung/Erhebung der verfügbaren KFZ-Stellplätze, Radabstellplätze (=Übersicht über Verluste und Gewinne von Stellplätzen) und KFZ-Zulassungszahlen auf der Wieden aus. Dem soll ebenso der Gewinn oder Verlust an Bäumen im öffentlichen Raum des Bezirks gegenübergestellt werden.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Die NEOS Bezirksrät_innen
Ana Badhofer
Anna Stürgkh
Philipp Wörndle

An die
Bezirksvorstehung Wieden
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.03.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Prävention von Drogenmißbrauch am neuen Karlsplatz-Klo

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Magistratsabteilung 48 bei der Errichtung der neuen WC-Anlagen am Karlsplatz gezielte Maßnahmen zur Prävention von Drogenmissbrauch zu implementieren.

Begründung:

Der Karlsplatz war in der Vergangenheit ein bekannter Drogenhotspot, daher ist es wichtig eine neue Problemzone aktiv zu verhindern. Öffentliche Toilettenanlagen sind erfahrungsgemäß Orte, die für Drogenkonsum missbraucht werden können.

Zum Beispiel ist der Einsatz von blauem UV-Licht ist eine erprobte Maßnahme, um das Auffinden von Venen zu erschweren, und somit den intravenösen Konsum in diesen Räumlichkeiten zu verhindern. Jedenfalls müssen neben präventiven Methoden begleitende sozialpolitische Maßnahmen bestehen bleiben, um Suchtkranken langfristig Perspektiven zu bieten.

Die Implementierung von entsprechenden gezielten Maßnahmen trägt dazu bei, den Karlsplatz als sicheren und lebenswerten öffentlichen Raum für alle Bürger:innen zu erhalten und potenziellen negativen Entwicklungen frühzeitig entgegenzuwirken.

Wien, am 20.03.2025

Die NEOS Bezirksrät_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

An die

Bezirksvorstellung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.03.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Überprüfung der Verkehrssicherheit Treitlstraße Ecke Operngasse

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Magistratsabteilung 46 die Verkehrssicherheit zu überprüfen in Bezug auf Konflikte zwischen Radfahrer:innen und Fußgänger:innen im Bereich der Treitlstraße Ecke Operngasse und die Ergebnisse der Bezirksvorsteherin zu übermitteln.

Begründung:

Der Radweg Operngasse wird von vielen Fahrradfahrer:innen frequentiert, die in die Treitlstraße einbiegen oder von der Treitlstraße kommend in die Operngasse einbiegen. Hier ist auf Grund der Bestandsobjekte eine uneinsichtige Engstelle, wo viele Radfahrer flott einbiegen und die Rote Radampel beim Ausfahren aus der Treitlstraße die Situation nur bedingt löst. Es sind laufend gefährliche Situationen zu beobachten, wo nichts ahnende Fußgänger:innen und Radfahrer:innen auf ihrem Weg in Konflikt geraten. Unserer Ansicht nach, wäre hier ein Zebrastreifen für Fußgänger:innen wichtig.

Wien, am 20.03.2025

Die NEOS Bezirksrät_innen
Ana Badhofer
Anna Stürgkh
Philipp Wörndle

An die
Bezirksvorsteherung Wieden
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigen Mitglieder von NEOS, der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und der Grünen Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.03.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Alternative Radroute um den Resselpark

Die zuständige Dienststelle Magistratsabteilung 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung) wird gebeten, den Planungsstand einer Alternativroute für den Radweg im Resselpark, bei der Radfahrende auf einem baulich getrennten Radweg um den Resselpark herumgeleitet werden, an die Bezirksvorsteherin für die weitere Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission zu übermitteln.

Begründung:

Bereits im Dezember 2022 hat die Bezirksvertretung die Magistratsabteilung 18 dazu aufgefordert die Möglichkeit einer Alternativroute für den Radweg im Resselpark zu planen, bei der Radfahrende auf einem baulich gegtrennten Radweg um den Resselpark herumgeleitet werden.

Dies geschah angesichts des Gleistausch-Projekts der Wiener Linien in der Wiedner Hauptstraße und den damit verbundenen Planungen der Stadt zur Neugestaltung der Wiedner Hauptstraße, sowie angesichts der Neugestaltung der Radwegeinfrastruktur in der Argentinierstraße, unter Maßgabe einer Erweiterung und Verbesserung des übergeordneten Radwegenetzes.

Die Umbauten der Wiedner Hauptstraße und auch der Argentinierstraße sind nun bereits abgeschlossen und erste Effekte der neuen Radinfrastruktur sind erkennbar. Während der Umbau des Vorplatzes des Wien Museums einen Beitrag zur Sichtbarkeit und Klarheit in der Radroute durch den Resselpark beigetragen hat, gibt es weiteren intensive Gefahrenzonen zwischen Radverkehr und Fußgeher:innen im Resselpark, sowie der Mündung der Fahrradstraße Argentinierstraße auf den Karlsplatz. Ein entsprechender Ansatz zur Entlastung zuletzt- genannter Gefahrenzone wurde durch das

abbiegen in die Karlsgasse durch Bodenmarkierungen bereits angedeutet und kann in den Planung der Umfahrung berücksichtigt werden.

Daher ist es für die Bezirksvertretung von großer Bedeutung zeitnahe Informationen über den aktuellen Planungsstand einer solchen Umfahrung des Resselplatzes zu bekommen, um hier weitere Schritte für die Verkehrssicherheit setzen zu können.

Wien, am 20.03.2025

Die NEOS Bezirksrät_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

An die

Bezirksvorstellung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.03.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend eine Radpump- bzw. Reparaturstation für die Rainergasse/Johann-Strauß-Gasse

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die Magistratsabteilung 28 für Straßenverwaltung und Straßenbau in Zusammenarbeit mit einem geeigneten Anbieter (zB Wiener Linien) eine Radpump- bzw. Reparaturstation im Bereich etwa Rainergasse/Johann-Strauß-Gasse zu ermöglichen und zu errichten bzw. errichten zu lassen.

Begründung:

Dieser Bereich ist von Wien Mobil Radstationen oder zumindest einer Radpumpe noch nicht abgedeckt (Abbildung 1). Es wäre für die Radfahrer:innen dort eine tolle Sache, wenn als Statement pro Radfahren auch dieses Grätzl eine ähnlich schöne Säule für die Reparatur und das Aufpumpen von Fahrrädern bekommen könnte, wie sie etwa in der Gußhausstraße Höhe Nummer 14 steht, die im Übrigen beobachtbar intensiver Nutzung zugeführt wird (Abbildung 2).

Abbildung 1

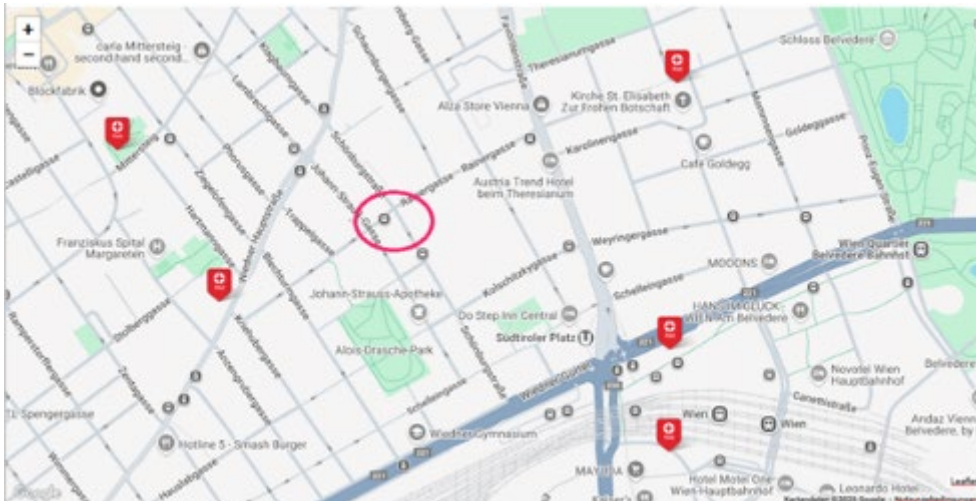


Abbildung 2



Wien, am 20.03.2025

Die NEOS Bezirksrät_innen

Anna Stürgkh

Ana Badhofer

Philipp Wörndle

An die

Bezirksvorstellung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.03.2025 gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag betreffend einer Arbeitsgruppe zum Flächenwidmungsplan

Die Bezirksvertretung auf der Wieden spricht sich für die Gründung eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitgliedern der Bezirksvertretung, Vertreter:innen der Magistrate und bei Bedarf weiteren Expert:innen zum Flächenwidmungsplan des 4. Bezirks aus, welche sich dessen Überprüfung im Sinne einer zukunftsgerichteten Stadtplanung annimmt.

Begründung:

Bereits vor über 3 Jahren kam es in der Wiedner Hauptstraße 52 zu Streitigkeiten und ineffizienter Raumnutzung von Hofflächen aufgrund der Flächenwidmungspläne. Da es sich nur um eine Frage der Zeit handelt, bis es zu ähnlichen Fällen kommt, spricht sich die Bezirksvertretung für eine Arbeitsgruppe, die sich insbesondere mit Hofnutzungen auseinandersetzt, bestehend aus Bezirksrät*innen, Magistratsmitarbeitenden und Expert*innen aus, die den gesamten Flächenwidmungsplan des 4. Bezirkes zukunftsgerichtet überprüfen. Stadtplanung und damit insbesondere auch der Flächenwidmungsplan dürfen nicht nur ad hoc und in Problemfällen angegriffen werden. Stattdessen sollte eine weitsichtige und nachhaltige Überarbeitung das Ziel sein.

Wien, am 20.03.2025

Die NEOS Bezirksrät_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

An die

Bezirkvorstehung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigen Mitglieder von NEOS und die Links-Bezirksrätin Mag.^a Amela Pokorski stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.03.2025 gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag betreffend Antragsmonitor

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass der Bearbeitungsstand angenommener Anträge auf der Bezirkswebsite öffentlich aufgeführt werden und so der Bevölkerung transparent zur Verfügung gestellt werden. So soll bei angenommenen Anträgen ersichtlich sein, ob diese negativ oder positiv von der Stadtregierung bzw. Dem Magistrat beantwortet wurde, ob das entsprechende Projekt sich in Planung oder in Umsetzung befindet oder dieses bereits umgesetzt wurde.

Begründung:

Die Bezirksvertretung der Wieden soll die Wünsche und Anliegen der Wiedner Bevölkerung vertreten und für diese arbeiten. Daher ist sie eben dieser auch Rechenschaft schuldig. Die Bewohner:innen der Wieden haben ein Recht darauf zu wissen, was im Bezirk passiert und wieso. Da eine Veröffentlichung der Antragsbeantwortungen bedauerlicherweise nicht möglich ist, spricht sich die Bezirksvertretung daher für einen durch die Bezirksvorstehung administrierten Antragsmonitor aus, durch den die Bevölkerung transparent nachvollziehen kann, wie es um die Bearbeitung der angenommenen Anträge steht. So machen wir Politik transparenter und nachvollziehbar und schaffen mehr Verständnis für Abläufe und Entscheidungsprozesse im Bezirk, was wiederum das Vertrauen und auch die Befähigung zur Teilnahme der Bevölkerung stärkt.

Wien, am 20.03.2027

Die NEOS Bezirksrät_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

An die

Bezirksvorsteherung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.03.2025 gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag betreffend Fortführung und Institutionalisierung des Mitmach-Budgets auf der Wieden

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, das erfolgreiche Mitmach-Budget nicht nur in der nächsten Periode weiterzuführen, sondern es ganzjährig auszuweiten und als fixen Bestandteil der bezirklichen Beteiligungskultur zu institutionalisieren.

Begründung:

Mit der Einführung des Mitmach-Budgets auf der Wieden wurde ein wichtiger Schritt hin zu mehr Bürger:innenbeteiligung gesetzt. Die rege Teilnahme und das große Interesse zeigen, dass dieses Modell auf breite Zustimmung stößt und als Instrument der direkten Mitgestaltung geschätzt wird.

Das Mitmach-Budget ermöglicht es den Bewohner:innen der Wieden, aktiv Vorschläge für ihren Bezirk einzubringen und über deren Umsetzung mitzuentcheiden. Dadurch wird die Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld gestärkt. Durch die Beantwortung der eingebrachten Anliegen, welche für alle transparent im Netz einsehbar ist - auch nachträglich - fördert das politische Verständnis von und auch das Vertrauen in politische Prozesse.

Um dieses Potenzial voll auszuschöpfen, soll das Mitmach-Budget über eine einmalige Projektausschreibung hinaus ganzjährig verfügbar sein. Eine Institutionalisierung würde bedeuten, dass das Mitmach-Budget als fixer Bestandteil der Bezirksfinanzen verankert wird und kontinuierlich Anregungen aus der Bevölkerung aufgenommen, bewertet und – je nach Machbarkeit – umgesetzt werden.

Die Wieden hat mit dem Mitmach-Budget einen innovativen und erfolgreichen Weg eingeschlagen – es ist daher nur folgerichtig, dieses Modell weiterzuentwickeln und langfristig abzusichern.

Wien, am 20.03.2025

Die NEOS Bezirksrät_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

An die

Bezirksvorstellung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigen Mitglieder von NEOS und die Links-Bezirksrätin Mag.^a Amela Pokorski stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.03.2025 gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag betreffend Fortführung der Arbeitsgruppe Karlsplatz

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, die bestehende Arbeitsgruppe Karlsplatz auch in der nächsten Periode weiterzuführen, um die kontinuierliche Entwicklung dieses zentralen und stark frequentierten Stadtraums aktiv und fraktionsübergreifend zu begleiten und zu gestalten.

Begründung:

Der Karlsplatz ist einer der bedeutendsten und meistgenutzten innerstädtischen öffentlichen Räume Wiens. Seine vielschichtigen Herausforderungen – von Aufenthaltsqualität und Verkehrsberuhigung über Sicherheitsaspekte bis hin zur kulturellen und sozialen Nutzung – erfordern eine fortlaufende Auseinandersetzung und Koordination.

Die Arbeitsgruppe Karlsplatz hat sich als wertvolles Instrument erwiesen, um Anliegen aus Politik, Verwaltung, Anrainer:innenschaft sowie Kulturschaffenden und weiteren Nutzer:innengruppen aufzunehmen, zu diskutieren und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Gerade durch die Beteiligung verschiedener Akteur:innen konnte sie dazu beitragen, Entwicklungen am Karlsplatz gezielt zu steuern und auf neue Herausforderungen flexibel zu reagieren.

Eine ersatzlose Auflösung dieser Struktur würde den Dialog über die Zukunft des Karlsplatzes erheblich schwächen und laufende Bemühungen um eine qualitätsvolle Entwicklung des Areals gefährden. Daher spricht sich die Bezirksvertretung Wieden für die Fortsetzung der Arbeitsgruppe Karlsplatz aus, um die laufenden Prozesse

weiterzuführen und dem Platz als zentralem Begegnungsraum die notwendige Aufmerksamkeit und politische Begleitung zu sichern.

Wien, am 20.03.2025

Die NEOS Bezirksrät_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

An die

Bezirksvorstellung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.03.2025 gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag betreffend effiziente Nutzung des WKO Parkhauses für Mitarbeitende und Anwohner:innen

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus mit den relevanten Stellen der WKO Gespräche aufzunehmen, um gemeinsam Konzepte zur effizienten Nutzung der Parkflächen in der Wiedner Hauptstraße 63 zu erarbeiten, das Anwohner:innen die Nutzung der entsprechenden Parkplätze außerhalb der Arbeitszeit der Mitarbeitenden der WKO ermöglicht.

Begründung:

Parkraum ist insbesondere auf der Wieden ein rares Gut. Unser Ziel ist es insbesondere öffentlichen Raum verstärkt zur Begrünung und zur Nutzung für Fußgänger:innen und Fahrradfahrende zur Verfügung zu stellen. Damit geht allerdings einher alternative Parkmöglichkeiten für die Anwohner:innen der Wieden zu schaffen. Mit der Umgestaltung der Wiedner Hauptstraße hat sich der Bezirk dafür entschieden rund 100 Parkplätze abzubauen, um im Gegenzug eine lebenswerte und klimafitte Wiedner Hauptstraße zu gestalten. Gleichzeitig bestehen in dem Parkhaus der WKO an eben dieser Straße eine respektable Anzahl an Parkplätzen, die insbesondere in den Abend- und Nachtstunden, sowie am Wochenende meist leer stehen. Eine effizientere Nutzung dieses vorhandenen Parkhauses steht im Interesse aller Beteiligten. Daher spricht sich die Bezirksvertretung für Verhandlungen zwischen dem Bezirk und der WKO aus, um eine Nutzung dieses leerstehenden Parkraums für Anwohner:innen zu ermöglichen.

Wien, am 20.03.2025

Version 1 - 21.03.2025



63

**Bezirksrat Clemens Gudenus
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 27. März 2025 nachstehenden Antrag**

Betrifft: Ampelschaltung Wienzeile/Operngasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag. Ulli Sima, aufzufordern, die Verlängerung der Grünphase von der rechtsabbiegenden Ampel für Autos Rechte Wienzeile in die Operngasse zu prüfen!

Begründung:

Bei der Neugestaltung dieser Ecke wurde ein Fahrradweg eingebaut, welcher die Sicherheit der Fahrradfahrer erhöht. Das ist zu begrüßen. Jedoch wurde die Grünphase der Autoampel zu kurz gesetzt, dass sich die Autos bis Richtung Getreidemarkt um die Ecke zurückstauen. Heißt, dass der Verkehr kommend von der Rechten Wienzeile Richtung Stadt selbst bei Grün nicht fahren kann, weil blockiert! Erst wenn die Ampel zur Operngasse auf Grün stellt, setzt sich der Verkehrsfluss in Bewegung. Durch eine längere bzw. früher beginnende Grünphase würde sich dieses Problem auflösen. Besserer Verkehrsfluss, weniger Staubildung.

BR Clemens Gudenus





64

**Bezirksrat Clemens Gudenus
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 27. März 2025 nachstehenden Antrag**

Betrifft: Begrünung freier Stellen auf der Wiedner Hauptstraße

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den Amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, aufzufordern, die Begrünung/Bepflanzung an folgenden geeigneten ungenutzten Stellen zwischen Autofahrbahn und Radweg auf der Wiedner Hauptstraße zu veranlassen:

- Auf Höhe der Wiedner Hauptstraße Nr. 9
- Auf Höhe der Wiedner Hauptstraße Nr. 11
- Auf Höhe der Wiedner Hauptstraße Nr. 33

Begründung:

Nach dem teilweise missglückten Umbau der Wiedner Hauptstraße sind öfters zwischen der Autofahrbahn und dem Radweg ungenutzte Stellen. Vor allem der untere Teil zwischen Paulaner Kirche und Karlsplatz ist purer schwarzer Asphalt. Doch es gibt geeignete Stellen für eine Begrünung bzw. Bepflanzung durch Sträucher oder Bäume.

BR Clemens Gudenus



Wiedner Hauptstraße Nr. 9 und 11



Wiedner Hauptstraße Nr. 33





65

**Bezirksrat Clemens Gudenus
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 27. März 2025 nachstehenden Antrag**

Betrifft: Müll am Karlsplatz

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Magistratsabteilung 48 aufzufordern, ein neues Konzept für die Müllsituation am Karlsplatz zu erarbeiten für die Müllsituation am Karlsplatz zu erarbeiten und dieses der Frau Bezirksvorsteherin zur Diskussion im Umweltausschuss zu übermitteln.

Begründung:

Vor allem in der warmen Jahreszeit, wenn Personen vermehrt von früh bis in die Nacht am Karlsplatz sitzen, um im Glanz der Karlskirche Zeit zu verbringen, entsteht Müll. In dieser Zeit ist der Karlsplatz ein von Touristen und Einheimischen stark frequentiert Platz. Fast täglich in der Früh sind alle Mistkübel zum Bersten voll. Überfüllte Mistkübel und Müll um diese herum ist dem Platz nicht würdig.

Im Anhang befinden sich vier Fotos welche im Frühling/Sommer gemacht wurden. Wie man sieht, reichen die Mistkübel am Karlsplatz einfach nicht aus.

BR Clemens Gudenus



Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

ARBEITER*INNEN NACH PROJEKTEN ZU ERÖFFNUNGEN EINLADEN

Die Amtsführende Stadträtin für Mobilität Mag.^a Ulli Sima der Stadt Wien wird ersucht zu veranlassen, dass nach beendeten Umbauprojekten im Bezirk Arbeiter*innen, die an der Umgestaltung beteiligt waren, zu den Eröffnungsfeiern geladen werden, Reden halten können, Fotos von ihnen gemacht und Danksagungen ausgesprochen werden.

BEGRÜNDUNG

Arbeiter*innen wird, wie einst so auch heute, nach ihrer getanen Arbeit weder extra gedankt noch wird ihnen ein Denkmal errichtet. Sie verrichten die schwersten Arbeiten rund um große Umgestaltungen im Bezirk, in der Öffentlichkeit werden sie jedoch unter den Teppich gekehrt, sie werden zu einer unpersönlichen Masse. Während Politiker*innen alle Lorbeeren einholen, Fotomeilen in der Presse bekommen, mit Sekt und Brötchen die Eröffnungen der Straßenzüge feiern. Die Nachwelt wird damit wieder nur von den und über die Herrschenden informiert werden. Die Daten-, Erinnerungs- und Dankes-Lücke wird immer größer, weil Arbeiter*innen ignoriert werden. Sie werden nicht gesehen und wir tun auch nicht viel für ihre Sichtbarkeit als Menschen oder sprechen ihnen besonderen Dank für ihre Leistungen für uns alle aus.

Mag^a Amela Pokorski



Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

GEDENKEN AN FAMILIE GRÜNSFELD FAVORITENSTRASSE 60

Die zuständige Amtsführende Stadträtin Mag.^a Veronica Kaup-Hasler wird gebeten, eine Form des Gedenkens (Gedenkstein, Gedenktafel oder ähnliches) vor oder am Haus Nr. 60 in der Favoritenstraße 60 umzusetzen und damit an die Familie Grünsfeld zu erinnern.

BEGRÜNDUNG

Wenn 2018 nicht bei Renovierungsarbeiten am Haus Favoritenstraße 60 eine Werbeaufschrift des jüdischen Uhren-, Juwelen- und Silberwarenhändlers Adolf Grünsfeld hinter einer Wandpaneel aufgetaucht wäre, wüssten wir auf der Wieden und in Wien nichts über diese Familie. Vieles aus der Zeit der NS-Zeit auf der Wieden würde ohne Zufälligkeiten, Recherchen und Engagement für immer vollkommen unkritisch und offen an Fassaden (Nazi-Bild in der Faulmannngasse) zu sehen sein oder in Kellern und hinter Wandpaneelen verborgen bleiben. Geschichten von Unrecht, Raub und Mord blieben auch Jahrzehnte später unbekannt, weil auch 2025

Über die Familie Grünsfeld gibt es mittlerweile ein kleines Büchlein, das im Shop des Wien Museums erhältlich ist. Eine Form des Erinnerns und Mahnens vor Ort ist wünschenswert. Denn Aufarbeitung hört nie auf. Nicht wie, sondern was und wen wir erinnern, darauf kommt es an. Wir brauchen Erinnerung, wir brauchen aus der Erinnerungspolitik heraus echte Konsequenzen für die sich strukturierende Gegenwart auf der Wieden.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

KONTROLLE DER GRÜNFLÄCHEN IN DER SCHÖNBRUNNER STRASSE

Die zuständige Magistratsabteilungen 48 und 42 werden gebeten, die Baumscheiben bzw. „Grünflächen“ der fragilen Bäumchen in der Schönbrunner Straße regelmäßig zu kontrollieren, das Abstellen bzw. Anbringen von Gegenständen welcher Art auch immer zu untersagen bzw. nicht genehmigte Gegenstände zu entfernen sowie das Verunreinigen dieser Grünflächen abzumahnen und anzuzeigen.

BEGRÜNDUNG

Drei von fünf Bäumchen, die vor gar nicht langer Zeit gepflanzt wurden, haben die letzten beiden Jahren nicht überlebt. Deshalb sollten die bestmöglichen Bedingungen geschaffen werden, um das Gedeihen der neuen Bäume sicherzustellen. Leider finden sich immer wieder Hundekot, Müll und Gegenstände auf den Grünflächen. Die eingekommenen Strafen sind laut Wiener Reinhaltegesetz zweckgebunden und werden gerechterweise für Sauberkeitsmaßnahmen eingesetzt.



Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

ANTRAG

Betreffend

KÜHLE WOHNUNGEN FÜR ALLE MIETER*INNEN IM GEMEINDEBAU

Die Stadträt*innen Kathrin Gaal und Mag.^a Ulli Sima werden gebeten, zu prüfen, ob und wie der nachträgliche Einbau von elektrisch oder mechanisch betriebenen außenliegenden Rollläden, Fensterläden und Markisen an den Wohnhausanlagen der Stadt Wien auf der Wieden möglich ist.

BEGRÜNDUNG

Die Wieden wird immer heißer. Wir alle erinnern uns nur zu gut an die letzten Hundstage bzw. Tropennächte 2024. Wer auf der Wieden Glück hatte, konnte erträgliche 27°C in der Wohnung halten. Wer Pech hatte, lebt(e) in einer Backofenwohnung, weil es keine Möglichkeiten gibt, die Räume vor der Sonne zu schützen. Häufig greifen Mieter*innen auf der Wieden zu Monoblock-Klimaanlagen, was wiederum Auswirkungen auf den Stromverbrauch und -rechnungen hat, für Mieter*innen und die Stadt. Verschattung ist die effizienteste Methode, um sich vor Überhitzung in sonnenexponierten Wohnräumen zu schützen. Verschattung ist als Mieter*in schwer umzusetzen, da trotz seit kurzem vereinfachten Verfahrens („Verschattungsoffensive der Stadt Wien“) bereits eine Gegenstimme ausreicht, um die Verschattung zu verhindern. Neben den Kosten sind auf dem privaten Wohnungsmarkt die Zustimmungen der Vermieter*innen, der Magistratsabteilung 19 und der Wohnungseigentümer*innen-gemeinschaft (WEG) ein häufiges Hindernis.

In den Gemeindebauten im Bezirk hat die Stadt Wien das Sagen. Sowohl puncto Maßnahmen als auch Kosten. Manche Wohnhausanlage wartet außerdem ohnehin auf zukunftsorientierte Sanierungsmaßnahmen.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski, der Klub der Grünen Wieden und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

MEHRSPRACHIGE MIETER*INNEN-HILFE AUF DER WIEDEN

Die Stadträt*innen Kathrin Gaal (Wohnbauförderung, Schlichtungsstelle, Stadt Wien – Wiener Wohnen) und Mag.^a Bettina Emmerling (Integration) werden gebeten, die Einrichtung einer mehrsprachigen Mieter*innen-Hilfe im Amtshaus auf der Wieden zu prüfen.

BEGRÜNDUNG

Das Wohnservice der Stadt Wien bietet mit der „Mieterhilfe“ und anderen Stellen zwar Hilfe bei Wohnproblemen jeglicher Art, kostenlos und kompetent an, aber weder die Mieterhilfe noch die Wiener Schlichtungsstelle bieten Beratungen in anderen Sprachen als Deutsch für Wiedner*innen an. Nicht einmal die Internetseiten stellen mehrsprachige Informationen zur Verfügung.

Menschen mit nicht-deutscher Erstsprache sind aber öfter mit Wohnproblemen konfrontiert als Menschen mit Deutsch als Erstsprache, d. h. Diskriminierung am Wohnungsmarkt, Mietbetrügereien, überteuerte Mieten, Wohnungsverlust, etc. Sie wohnen oft schlecht und teuer, sie kennen ihre Rechte nicht. Für derart komplexe, rechtliche Materien wie beim Thema Wohnen (Mietrecht, Mietrechtsgesetz, Mieter*innen-Schutz,...) sind Beratungen in den Sprachen der Menschen im Bezirk notwendig, um deren Rechte zu schützen und sie beim Durchsetzen ihrer Rechte zu unterstützen.

Beim Thema Wohnen und mehrsprachige Beratung überschneiden sich das Menschenrecht auf Wohnen, das Recht auf Schutz vor Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, aber auch aufgrund von Sprache.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

ANTRAG

Betreffend

MIGRANT*INNEN-BEIRAT AUF DER WIEDEN

Die Stadträt*innen Mag.^a Bettina Emmerling (Integration) und Mag. Jürgen Czernohorzsky (Demokratie) werden gebeten, in der Europäischen Demokratie Hauptstadt die Einführung eines Migrant*innen-Beirats (Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürger*innenschaft) als Pilotprojekt auf der Wieden zu prüfen, um diesen Wiedner*innen die Möglichkeit zu geben, das Bezirksgeschehen aktiv mitzubestimmen und damit ein echtes Mitspracherecht in die politische Gestaltung unseres Bezirks zu bekommen.

BEGRÜNDUNG

Auf der Wieden ist mindestens ein Drittel der Bezirksbewohner*innen durch Ausschlüsse entlang von Nationalität politisch nicht vertreten. Neben den verbindlichen Landtags- und Bezirkswahlen, von denen viele Wiedner*innen ausgeschlossen sind, gibt es zwar auch unregelmäßige Beteiligungsangebote, die nicht in der Stadtverfassung verankert sind und somit keinen Rechtsanspruch auf Durchführung haben.

Mit einem Migrant*innen-Beirat könnten Wiedner*innen ohne Wahlrecht (auf Bezirksebene und/oder Gemeinderatsebene) unabhängig von ihrer Herkunft in der Verwaltung, den Institutionen und Organisationen des Bezirks mitbestimmen und wären damit in unserer Demokratie repräsentiert. Sie könnten sich an Entscheidungsprozessen beteiligen und wären nicht mehr davon ausgeschlossen. *„Die Auszeichnung für Wien als Europäische Demokratie-Hauptstadt muss als Chance genutzt werden, Demokratie für alle erlebbar zu machen.“* © <https://demokratiehauptstadt.wien.gv.at/politische-teilhabe-verbessern>

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

PFLANZUNGEN VON XL-BÄUMEN

Die Amtsführenden Stadtrat*innen Mag.^a Ulli Sima und Mag. Jürgen Czernohorzsky werden ersucht, die Möglichkeiten von Pflanzungen sogenannter XL-Bäume für die Wieden zu prüfen und ggf. bei den Umgestaltungsprojekten im Bezirk auch zu veranlassen.

BEGRÜNDUNG

Laut Ankündigungen des Presseservice der Stadt Wien vom 16.2.2015 laufen die Begrünung und Kühlung der Bezirke „auf Hochtouren“.

<https://presse.wien.gv.at/presse/2025/02/16/sima-czernohorszky-raus-aus-dem-asphalt-begrueung-und-kuehlung-der-stadt-laeuft-auf-hochtouren-in-allen-bezirken>

Die bisherigen Raus aus dem Asphalt Aktionen haben bisher keine oder keine raschen Kühlungsmöglichkeiten gebracht. XL-Bäume spenden rasch Schatten für die hitzegeplagten Menschen im Bezirk, vor allem jene, die keinen Zweitwohnsitz am Land haben, sich keine kühle Wohnungen ermöglichen und/oder leisten können und/oder jeden Tag in überhitzten Arbeitsstätten sind.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

SCHLÜSSELBOXEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM AUF DER WIEDEN

Die Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima und der Amtsführende Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky werden gebeten, Maßnahmen zu prüfen, durch die das Anhängen von Schlüsselboxen (= versperrten kleinen Kästchen) im öffentlichen Raum an Bänken, Radabstellanlagen, Verkehrstafeln, Zäunen von Grünflächen und sonstigen Objekten auf der Wieden verunmöglicht werden.

BEGRÜNDUNG

Hunderte von Wohnungen auf der Wieden werden AirBnB-mäßig vermietet. In ganz Wien sind es so viele Wohnungen wie z.B. in der Josefstadt gesamt zur Verfügung stehen. Also sagen wir ein ganzer Bezirk mit seinen Wohnungen wird damit den Wiedner*innen und Wiener*innen als Wohnraum entzogen. Kommerzielle Vermietungen profitieren außerdem immens von der Infrastruktur und den Investitionen in die Infrastruktur. So manche Anbieter*innen vermieten auch illegal, damit findet sich der Profit ausschließlich in den eigenen privaten Taschen wieder. Die Allgemeinheit hat rein nichts davon, außer einen großen Verlust und Schaden.

Schlüsselboxen werden nicht nur vor, neben hinter Hauseingangstüren und Sprechanlagen oder in den Häusern selbst angebracht, sondern eben auch im öffentlichen Raum. Der Bezirk sollte in seinen Anstrengungen für die derzeitigen und zukünftigen Bezirksbewohner*innen beim Kampf um jeden Wohnraum in Wohnzonen in Form von sicherheitspolizeilichen und juristischen Maßnahmen zum Beispiel in Form von Verordnungen unterstützt werden.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

BAUMPFLANZUNGEN THERESIANUMGASSE

Der Amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 42 (Wiener Stadtgärten) anzuweisen, die Nachpflanzungen von zwei klimaresilienten Bäumen in der Theresianumgasse Höhe vis-a-vis Nr. 21 und 29 noch heuer zu veranlassen.

BEGRÜNDUNG

Es ist der Bezirksbevölkerung nicht nachvollziehbar, warum hier zwei Bäume gefällt wurden. Einer der beiden Bäume war max. 12 Jahre alt (siehe Baumkataster der Stadt Wien).

Die Grünflächen machen auf der hitzegeplagten Wieden nur einen sehr geringen Anteil ihrer Verkehrsflächen aus, nämlich 6,56%. Deshalb zählt bei uns im Bezirk jeder Baum noch viel mehr als anderswo in Wien.



Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski Pokorski, der Klub der Grünen Wieden und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

EINRICHTUNG EINER ARBEITSGRUPPE LEERSTAND

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für die temporäre Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Leerstand“ aus.

BEGRÜNDUNG

In der Bezirksvertretung wird das Thema „Leerstand“ seit Jahren in verschiedenen Anträgen und Formen behandelt, seit über einem Jahrzehnt von diversen Fraktionen zum Thema gemacht und eingebracht. Der Leerstand in den EG-Zonen aber auch in Wohnzonen im Bezirk ist enorm.

Eine Arbeitsgruppe „Leerstand“ kann die Recherchen und Informationen zum Leerstand auf der Wieden bündeln: Erhebungen - Wo gibt es Leerstand? Wem gehört das Grundstück, Haus, Wohnung oder der betreffende Raum? Kann und wie kann der Leerstand zumindest vorübergehend genutzt werden? Welcher Verein oder Gruppe aus dem Bezirk könnte den Raum nutzen? Gibt es bestehende Interessen am Leerstand? Kann der Bezirk bzw. die Bezirksvorsteherin oder die Stadt Wien (rascher) vermitteln? Eigentümer*innen, Hausverwaltungen, Dienststellen der Stadt Wien, Sponsor*innen und andere rascher einbinden, etc. Eine Arbeitsgruppe „Leerstand“ beschäftigt sich mit allen Fragestellungen rund um das Thema Leerstand und unterstützt sowohl die Bezirksvorsteherin als auch die Bezirksvertretung beim Kampf gegen Leerstand.

Die TU Wien, die auch eine wichtige Stakeholderin im Bezirk ist, hat ein Handbuch „Leerstand mit Aussicht“ herausgebracht, die AG Leerstand könnte sich mit dieser Expertise aktiv auseinandersetzen, um sie für den Bezirk und seine Aufgaben effektiv zu nutzen. Bei weiteren Bedarfen wäre eine direkte Zusammenarbeit mit der TU Wien möglich.



Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

ENERGIEGRUNDSICHERUNG

Die Bezirksvertretung Wieden unterstützt die Idee einer Energiegrundsicherung für die Bewohner*innen der Wieden.

Zahlreiche Expertinnen und Experten, unter anderem die Armutskonferenz sehen diese als wichtiges Instrument der Armutsbekämpfung und-vermeidung.

BEGRÜNDUNG

Die Energiekosten steigen immer weiter.

Strom- und Wärmeenergie sind grundlegende Bestandteile eines würdigen Lebens.

Eine Energiegrundsicherung könnte das allen Menschen auf der Wieden garantieren.

Eine Energiegrundsicherung würde alle privaten Haushalte entlasten.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

TÖCHTERTAG 2026 IM AMTSHAUS

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, in Zukunft am Töchterttag im April auch das Amthaus der Wieden in der Favoritenstraße zu öffnen und es damit jungen Frauen zu ermöglichen, die Berufswelt von Lokalpolitikerinnen im Rahmen eines Schnuppertages kennenzulernen.

BEGRÜNDUNG

Politik ist nach wie vor in erster Linie Männersache. Auch auf Kommunalebene.

Es besteht wie in allen anderen Bereichen, auch eine Geschlechterungerechtigkeit in der Politik. Innerhalb der Parteien steht Frauenförderung nicht an vorderer Stelle. Wir haben damit ein gesamtgesellschaftliches, demokratiepolitische Dilemma. Wenn Frauen sich in die politische Sphäre begeben, können Frauen mehr verdienen, ihre und die Bedürfnisse von anderen Frauen und Randgruppen einbringen und umsetzen.

Damit erweitern wir das Spektrum bei der Karrierewahl von jungen Frauen erweitern.

Nicht nur im Bereich Technik, Handwerk und Naturwissenschaften brauchen wir mehr Frauen. Wir brauchen mehr Frauen in der Politik!

Denn unser Bezirk, unsere Stadt, unser Land und unsere Welt sind nicht für Frauen gemacht. Machen wir die Wieden zu einer Welt auch für Töchter.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

TOURISMUS-DESTINATION NICHT AUF KOSTEN VON WOHNRAUM

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich zwar für die Wieden als Tourismus-Ziel innerhalb von Wien aus, dieses Ziel darf aber nicht noch weiter auf Kosten von Wohnraum im Bezirk verfolgt werden.

BEGRÜNDUNG

Wien verzeichnete im Jahr 2024 18,9 Millionen Nächtigungen. Das ist die höchste Zahl an Nächtigungen bisher. Der Bürgermeister Michael Ludwig unterstützt die Forderungen des WKW-Präsidenten Walter Ruck. Beide sehen „Potential zur Steigerung“.

Eine Steigerung erfahren schon länger die Mieten im Bezirk. Der Wohnraum wird durch den Mega-Tourismus verknappt. Wiedner*innen können sich ein Leben auf der Wieden nicht leisten und ziehen weg.

Wohnhäuser sind keine Hotels! Wir wollen in erster Linie bezahlbare Wohnungen für Wiedner*innen. Erst danach kommen die Tourist*innen.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

WENIGER STATT MEHR BARRIEREN FÜR DIE DEMOKRATIE

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für weniger statt mehr Barrieren für die Demokratie im Bezirksparlament aus.

BEGRÜNDUNG

Damit mehr (neue) Wahlwerber*innen im Bezirk antreten können, ist der Abbau von Barrieren für Wahlberechtigte – vor allem für berufstätige, ältere und für die weniger mobilen Bezirksbewohner*innen – notwendig.

EU-Bürger*innen, die ohnehin nur im Bezirk wahlberechtigt sind, wissen oft schon zu wenig über ihre Rechte, sodass sie zusätzliche bürokratische und sprachliche Hürden überwinden, um ihre Interessen überhaupt auf den Stimmzetteln zu Bezirksvertretungswahlen wiederzufinden.

Mag^a Amela Pokorski

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellen der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte, der Klub der Grünen Wieden, der Klub von NEOS und der Klub von Links-Wieden nachstehende

Resolution

betreffend

Schaffung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Bezirksentwicklungsplans

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Bezirksentwicklungsplans aus.

Begründung

Ein Bezirksentwicklungsplan bietet die Möglichkeit, die zukünftige Gestaltung des Bezirks in Hinblick auf sozialen Zusammenhalt, Mobilität, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, bauliche Gestaltung, Begrünung und Klimaschutz langfristig zu planen und einzelne Projekte in eine umfassende, mehrjährige Strategie einzubetten.

Die Bezirksvertretung Wieden hat mit der Wiedner Klimastrategie, dem von der Magistratsabteilung 19 beauftragten Entwicklungsplan Öffentlicher Raum, der von der Bezirksvertretung beauftragten Studie zu „Begegnungsgrätzeln“ auf der unteren Wieden und dem im Vorjahr beauftragten, derzeit in Ausarbeitung befindlichen „Masterplan Gehen“, eine Reihe von sehr inhaltsreichen Studien und Konzepten ausgearbeitet. Diese Dokumente bilden eine gute Grundlage, um gemeinsam mit Fach-Expert:innen und den Bezirksbewohner:innen einen umfassenden Bezirksentwicklungsplan zu erarbeiten.

Dies soll in Form einer parteiübergreifenden Arbeitsgruppe erfolgen, die – ebenso wie in der vorvergangenen Periode zur Klimastrategie und in der letzten Periode zum Karlsplatz – Vorschläge unter Einbindung von Fach-Expert:innen ausarbeitet und die in weiterer Folge von der Bezirksvertretung öffentlich diskutiert werden können. Die Bezirksvertretung spricht sich für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe und den Start eines solchen umfassenden Diskussions- und Planungsprozesses, unter Berücksichtigung der oben genannten Dokumente und des noch fertigzustellenden „Masterplan Gehen“, aus.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellt der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Einrichtung einer Coolen Zone im Fux 4

Die zuständige amtsführende Stadträtin Kathrin Gaál, und der zuständige amtsführende Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky, sowie die zuständige Magistratsabteilung 13 werden ersucht, die Umsetzung einer „Coolen Zone“ in den Räumlichkeiten des Teenie-Treffs Fux 4 im Berta-von-Suttner-Hof zu prüfen und die Ergebnisse der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Sozialkommission zu übermitteln.

Begründung

Die Stadt Wien hat 2023 das Pilotprojekt „Coole Zonen“ gestartet, das für Phasen großer Hitze in der Stadt gekühlte Aufenthaltsbereiche zur Verfügung stellt, in denen sich Bezirksbewohner:innen tagsüber aufhalten können. Auf der Wieden würden sich die Räumlichkeiten des Teenie-Treffs Fux 4, in dem bereits seit Jahren eine erfolgreiche Mehrfachnutzung für die Jugend- und Grätzelarbeit besteht, für eine solche Coole Zone anbieten. Das genutzte Lokal wird derzeit vom Wiener Familienbund als Trägerin der Parkbetreuung Wieden von Wiener Wohnen angemietet, und es ist daher ressortübergreifend die Schaffung der baulichen Voraussetzungen zur Bereitstellung eines kühlen Aufenthaltsraums zu klären.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellen der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte, der Klub der Grünen Wieden und der Klub von NEOS nachfolgenden

Antrag

betreffend

Investitionsprogramm für die Volksschule am Sankt-Elisabeth-Platz

Die zuständige Magistratsabteilung 56 wird ersucht, in Abstimmung mit der Schulleitung und der Bezirksvorsteherin ein mehrjähriges Investitionsprogramm auszuarbeiten, um auch das Bestandsgebäude der Elisabethschule für ein ganztägiges Schulangebot vorzubereiten und dieses der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Sozialkommission zuzuleiten.

Begründung

Auf Initiative unserer Bezirksvorsteherin konnte die Stadt Wien das Gebäude Belvederegasse 32 ankaufen und schafft mit dem umfassenden Umbau mit Aufwärmküche, Speisesälen und Betreuungsräumen die Voraussetzungen für eine Offene Volksschule am Sankt-Elisabeth-Platz. Knapp ein Vierteljahrhundert nach der Generalrenovierung als Halbtagsschule werden erfahrungsgemäß für eine erfolgreiche Umstellung auch im Bestandsgebäude der Elisabethschule diverse kleinere Investitionen (Raumgestaltung, Ausstattung etc.) vorzunehmen sein, in deren Zuge auch verschiedene in den letzten Jahren sichtbar gewordene Bedarfe (z. B. Renovierung des Eingangsportals samt Gegensprechanlage, bessere Wärmeisolierung bzw. Jalousien im Dachgeschoss etc.) erledigt werden könnten. Die zuständige Magistratsabteilung wird ersucht, gemeinsam mit der Schule und der Bezirksvorsteherung die Arbeit an einem schrittweise umsetzbaren Konzept fortzusetzen und dann zur näheren Behandlung in der Sozialkommission vorzulegen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellt der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte nachfolgenden

Antrag

betreffend

Neugestaltung Karlsgarten: Prüfung eines Aktiv-Parks

Die zuständige Magistratsabteilung 42 wird ersucht, die Umsetzbarkeit eines Aktiv-Parks auf der Fläche des bisherigen Karlsgartens zu prüfen und die Ergebnisse der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung im Umweltausschuss zu übermitteln.

Begründung

In Hinblick auf die Beantwortung des in der März-Sitzung beschlossenen Antrags „Machbarkeitsprüfung Karlsgarten“ durch die Magistratsabteilung 42 wird darum ersucht, insbesondere die Gestaltung als Aktiv-Park mit Fitnessgeräten für alle Altersgruppen, Calisthenics-Geräten etc., aber auch als Klettergarten zu prüfen. Die große Mehrzahl der von Bürger:innen eingebrachten Ideen fokussierte sich auf die sportliche Nutzbarkeit des Areals und entspricht dies auch dem bereits von mehreren Fraktionen in der Bezirksvertretung eingebrachten und wiederholt beschlossenen Anliegen, Fitness-Anlagen im öffentlichen Raum einzurichten, die kostenfrei genutzt werden können. Neben herkömmlichen Fitness- und Calisthenics-Geräten wäre insbesondere zu prüfen, ob die Fläche ausreichend groß für einen Kletter-Parcours sein könnte. Jedenfalls wird die Magistratsabteilung 42 ersucht, die Möglichkeiten für eine Umgestaltung in einen Aktiv-Park mit umfassender sportlicher Nutzbarkeit zu überprüfen.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellt der Grüne Bezirksvorsteherin-Stellvertreter Pascal Riepl und die SPÖ Klubvorsitzende Ursula Prager-Ramsa nachstehenden

ZUSATZANTRAG

betreffend

ANTRAG 4: Neugestaltung Karlsgarten: Prüfung eines Aktiv-Parks

Die Bezirksvertretung Wieden möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 22 möge prüfen ob die Luftqualität im Karlsgarten (an 2 vielbefahrenen Straßen gelegen) für sportliche Aktivitäten geeignet ist das das Ergebnis der Frau Bezirksvorsteherin zur Beratung im Umweltausschuß zu übermitteln.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Ursula Prager-Ramsa
Klubvorsitzende

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellen der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte und der Klub der Grünen Wieden nachfolgenden

Antrag

betreffend den

Lückenschluss des Radwegs Wiedner Hauptstraße

Die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird gebeten, für den neuen Radweg auf der Wiedner Hauptstraße im Abschnitt zwischen der Johann-Strauß-Gasse und dem Bezirk Margareten den Lückenschluss des Zweirichtungsradwegs zeitnah umzusetzen. Hierzu möge der bestehende Zweirichtungsradweg auf der Seite der geraden Ordnungsnummern verlängert und an die bestehende Radverkehrsanlagen-Infrastruktur in Margareten angeschlossen werden. Es wird darum gebeten, den Lückenschluss aus den Mitteln des Zentralbudgets zu bedecken.

Begründung

Die Umgestaltung der Wiedner Hauptstraße hat der Wieden eine neue Radverkehrsanlage gebracht, die sich bereits guter Nutzung erfreut. Es handelt sich um eine wichtige Verbindung nicht nur zwischen der Oberen und der Unteren Wieden, sondern auch um die Verlängerung einer überregionalen Infrastruktur für das Radfahren zwischen dem Gürtel und dem Karlsplatz. Derzeit besteht jedoch noch eine Lücke im Radverkehrsanlagenetz von etwa 190 Metern bzw. zwei Häuserblocks (sowie in Margareten von etwa 50 m bis zur Hartmannngasse). Um diese Lücke zu schließen und sicheres Radfahren zu ermöglichen, möge in Zusammenarbeit mit den beiden betroffenen Bezirken rasch ein Lückenschluss ausgearbeitet werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellen der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte und der Klub der Grünen Wieden nachfolgenden

Antrag

betreffend die

Prüfung der Umgestaltung der Operngasse und der Margaretenstraße

Die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird gebeten, die finanzielle Umsetzbarkeit einer Umgestaltung der Operngasse und der Margaretenstraße zu überprüfen. Die Umgestaltung soll den Zielsetzungen der Verbesserung der Aufenthalts- und Querungsqualität für Anwohner:innen und Fußgänger:innen, der Verkehrsberuhigung des motorisierten Individualverkehrs bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Zufahrt für Anwohner:innen und der Buslinie 59A, der qualitativen Verbesserung der Radverkehrsanlagen-Infrastruktur, der Beseitigung unfallauffälliger Stellen sowie der Ausweitung von Grünflächen und Baumbestand folgen.

Die Prüfung soll unter größtmöglicher Beteiligung der Anwohner:innen in einem mehrstufigen Beteiligungsprozess erfolgen, aus den Mitteln des Zentralbudgets finanziert werden und unter Koordination mit dem Nachbarbezirk Margareten stattfinden.

Begründung

Die Operngasse und die Margaretenstraße sind durch eine hohe Verkehrsbelastung durch motorisierten Individualverkehr sowie ein sehr hohes Aufkommen an Rad- und Fußverkehr geprägt. Aufgrund dieses Verkehrsaufkommens haben sich in den vergangenen Jahren wiederholt Konflikt- und Gefahrensituationen ergeben, die durch Maßnahmen seitens des Bezirks in Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 28, 33 und 46 entschärft werden konnten.

Von Seiten der Anrainer:innen werden immer wieder Wünsche nach Begrünung, Attraktivierung des Straßenraums, Verbesserung der Querungsmöglichkeiten für Fußgänger:innen, Reduktion des Verkehrslärms, Entflechtung von Rad- und Gehwegen sowie Anhebung der Verkehrssicherheit geäußert.

Dem hohen Bedarf an Veränderungen kann im Rahmen der gegenwärtigen baulichen Situation nicht ausreichend Rechnung getragen werden. Laut mehrfacher Auskunft der

Magistratsabteilung 46 erlaubt die aktuelle Situation keine Temporeduktion auf 30 km/h, da sich dies aufgrund der Mehrspurigkeit der Fahrbahnen in der Operngasse und der Margaretenstraße bis zum Wiedner Stern nachteilig auf die Verkehrssicherheit auswirken würde.

Angesichts dieser für den Bezirk problematischen Situation erscheint nun der Zeitpunkt für eine Änderung der baulichen Voraussetzungen geeignet – zumal sich auch der Bezirk Margareten für eine Umgestaltung der Margaretenstraße ausgesprochen hat. Dabei ist jedenfalls auch auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bezirksbevölkerung im Rahmen eines Bürger:innenbeteiligungsprozesses Rücksicht zu nehmen.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellen der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte, der Klub von NEOS und der Klub von Links-Wieden nachfolgenden

Antrag

betreffend

Prüfung der Radwegführung durch die Resselgasse

Die zuständige Magistratsabteilung 46 wird ersucht, die – möglichst ohne kostenintensive bauliche Änderungen vorzunehmende – Einrichtung eines Radwegs bzw. einer Radroute durch die Resselgasse zu prüfen, um den Radverkehr vor dem Eingangsportal der Evangelischen Schule zu reduzieren.

Begründung

Die Verkehrssituation vor der Evangelischen Schule beschäftigt die Bezirksvertretung auf der Wieden bereits seit Jahrzehnten. Trotz einer Vielzahl an Initiativen konnte bislang keine befriedigende und praktikable Lösung erzielt werden, die insbesondere potenzielle Konflikte zwischen Rad- und Fußverkehr im Bereich der Evangelischen Schule reduziert. Die Bezirksvertretung ersucht die zuständige Magistratsabteilung, eine weitere Option, die seitens der Schule in die Diskussion eingebracht wurde, zu prüfen und zu untersuchen, ob eine Umleitung des Radverkehrs aus und in die Wiedner Hauptstraße hinter der Schule durch die Resselgasse ohne größere bauliche Aufwände umgesetzt werden könnte.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellt der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte nachfolgenden

Antrag

betreffend

Überprüfung von Schutzwegen im Zuge der Argentinierstraße

Die zuständige Magistratsabteilung 46 wird ersucht, für die beiden stark frequentierten Fußgänger:innenrelationen entlang der Argentinierstraße – konkret über die Wohllebengasse sowie über die Theresianumgasse auf westlicher Seite – zu prüfen, unter welchen Bedingungen die Errichtung von Schutzwegen für Fußgänger:innen möglich wäre. Sollte deren Errichtung ohne bauliche Maßnahmen möglich sein, wird um eine entsprechend rasche Verordnung gebeten.

Begründung

Eine kürzlich erfolgte Verkehrszählung hat ergeben, dass die beiden genannten Querungsbereiche ein besonders hohes Fußgänger:innenaufkommen aufweisen. Damit ist – trotz der generell strengen Kriterien – erfreulicherweise die Voraussetzung für die Errichtung von Schutzwegen erfüllt. Aus Sicht der Bezirksvertretung sollen diese daher umgesetzt werden.

Ist eine Umsetzung ohne bauliche Maßnahmen möglich, möge die Verordnung umgehend erfolgen. Sollten bauliche Maßnahmen notwendig sein, wird ersucht, diese der Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in den zuständigen Gremien mitzuteilen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellt der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte nachfolgende

Resolution

betreffend

Fortführung des Kinderflohmarkts im Park

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, das Projekt „Kinderflohmarkt im Park“ fortzuführen und – nach dem erfolgreichen Start im Anton-Benya-Park – künftig auch an anderen geeigneten Standorten im Bezirk zu realisieren.

Begründung

Am 26. April 2025 fand im Anton-Benya-Park der erste Wiedner Kinderflohmarkt statt, bei dem Kinder gemeinsam mit ihren Eltern nicht mehr benötigte Spielsachen, Sportgeräte und Kinderkleidung zum Verkauf oder Tausch anbieten konnten. Initiiert wurde die Veranstaltung von engagierten Elternvertreter:innen des angrenzenden Kindergartens und durch die Bezirksvorstehung Wieden organisatorisch begleitet.

Der Flohmarkt war ein großer Erfolg, wurde von vielen Familien besucht und erhielt durchwegs positives Feedback. Zahlreiche Besucher:innen sprachen sich für eine Fortsetzung und Ausweitung auf weitere geeignete Standorte – etwa den Alois-Drasche-Park – aus.

Die Bezirksvertretung Wieden unterstützt die Fortführung dieses niederschweligen und nachhaltigen Projekts und ersucht, auch andere durch ihre Lage, Größe und Nutzungsfrequenz geeignete Parkanlagen in die Planung miteinzubeziehen und in Kooperation mit lokalen Partner:innen umzusetzen.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellen der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte, der Klub der Grünen Wieden und der Klub von Links-Wieden nachfolgenden

Antrag

betreffend

Einrichtung einer Primärversorgungseinheit im Amtshaus Favoritenstraße 18

Die zuständige Vizebürgermeisterin und amtsführende Stadträtin Kathrin Gaál wird in Zusammenarbeit mit dem amtsführenden Stadtrat Peter Hacker ersucht, die Möglichkeit der Einrichtung einer Primärversorgungseinheit (PVE) in den leerstehenden Räumlichkeiten des Amtshauses Favoritenstraße 18 zu prüfen.

Begründung

Primärversorgungseinheiten (PVE) stellen mit ihren erweiterten Öffnungszeiten und multiprofessionellen Teams eine zukunftsweisende Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitssystems dar. Bereits jetzt profitieren Bewohner:innen der Wieden von der bestehenden PVE im benachbarten Bezirk Margareten. Dennoch besteht insbesondere für eine wohnortnahe Versorgung im Bereich der Kinder- und Jugendheilkunde weiterhin ein spürbarer Bedarf im Bezirk Wieden.

Die Räumlichkeiten im Amtshaus Favoritenstraße 18, in denen über viele Jahre das Gesundheitsamt untergebracht war und medizinische Leistungen erbracht wurden, bieten aufgrund ihrer zentralen und hervorragend erreichbaren Lage (U1, Straßenbahnlinien 1 und 62, Badner Bahn) einen besonders geeigneten Standort für eine weitere PVE.

Sofern die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die baulichen Voraussetzungen eine solche Nutzung erlauben und eine Vermietung durch die Stadt Wien möglich ist, wird um Prüfung ersucht, ob der Standort für eine Primärversorgungseinheit geeignet ist. Im Falle eines positiven Ergebnisses soll der Bezirk gemeinsam mit der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), der Stadt Wien und potenziellen Betreiber:innen in weiterführende Gespräche eintreten.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellt der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte nachfolgenden

Antrag

betreffend

Einrichtung eines „Senior:innen-Parlaments“ auf der Wieden

Der zuständige amtsführende Stadtrat Peter Hacker wird ersucht, die Einrichtung eines Senior:innen-Parlaments auch im 4. Wiener Gemeindebezirk zu prüfen und die Ergebnisse der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Sozialkommission zu übermitteln.

Begründung

Das Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser ist wienweit für die Betreuung der Pensionist:innen-Klubs zuständig. In einigen Wiener Bezirken werden – analog zu den Kinder- und Jugendparlamenten – auch Senior:innen-Parlamente organisiert. Diese bieten älteren Menschen eine strukturierte Möglichkeit, ihre Anliegen, Ideen und Verbesserungsvorschläge aktiv einzubringen und sich an der Gestaltung ihres Lebensumfelds zu beteiligen.

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, diese Form der partizipativen Einbindung auch im 4. Bezirk umzusetzen. Die Einrichtung eines Senior:innen-Parlaments kann einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts, zur Förderung des aktiven Alterns und zur Sichtbarmachung der Perspektiven älterer Menschen leisten.

Es wird daher ersucht, die Umsetzbarkeit eines derartigen Beteiligungsmodells auf der Wieden zu prüfen und – bei positiver Einschätzung – die erforderlichen Schritte für die Einrichtung eines Senior:innen-Parlaments einzuleiten.



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025

AUFSTELLUNG VON SCHILDERN „LIEGEWIESE“ IM ALOIS-DRASCHE-PARK

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Magistratsabteilung 42 möge auf der Wiese neben dem Ballspielkäfig im Alois-Drasche-Park Schilder mit der Aufschrift „Liege- und Spielwiese“ und einem durchgestrichenen Hundesymbol aufstellen, um einen hundefreien Platz außerhalb vom Spielplatz zu schaffen.

BEGRÜNDUNG:

Der Alois-Drasche-Park ist ein wichtiger Naherholungsort für die Wiednerinnen und Wiedner. Hier treffen viele unterschiedliche Bedürfnisse aufeinander. Gerade der Bereich zwischen Spielplatz und Ballkäfig ist sehr beliebt bei Familien und Besucher:innen, um zu Spielen und um sich in die Sonne zu legen.

Diese Nutzer:innen treffen auf Hunde und deren Besitzer:innen, welche die Wiese zum unangeleiteten Spielen und als Hundeklo verwenden. Dadurch kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen den einzelnen Interessen. Durch eine Beschilderung des genannten Bereichs und einer Kennzeichnung als Spiel- und Liegewiese wird Klarheit geschaffen.

David Siebert
Bezirksrat



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**



EINRICHTUNG VON GRÄTZLLADEZONEN ENTLANG DER ARGENTINIERSTRASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz und Bürger:innenbeteiligung, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 46 anzuweisen, entlang der Argentinierstraße in sinnvollen Abständen Grätzlladezonen einzurichten.

BEGRÜNDUNG:

Auf der gesamten Länge der Argentinierstraße kommt es regelmäßig zu gefährlichen Situationen, da Fahrzeuge immer wieder in zweiter Spur halten. Dies gefährdet insbesondere den Radverkehr, beeinträchtigt den Verkehrsfluss und verringert die Verkehrssicherheit erheblich.

Um dem entgegenzuwirken, sollen legale Lade- und Haltemöglichkeiten geschaffen werden, die ein sicheres Ein- und Aussteigen, das Beladen von Pkw sowie das kurzfristige Halten durch Lieferdienste ermöglichen. Durch die Einrichtung von Ladezonen in angemessenen Abständen kann die Situation deutlich entschärft und der Verkehrsraum sicherer für alle gestaltet werden.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

INSTALLATION EINES LÄRMBLITZERS AM WIEDNER GÜRTEL

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 46 anzuweisen, einen sogenannten Lärmblitzer am Wiedner Gürtel zu montieren.

BEGRÜNDUNG:

Der Wiedner Gürtel stellt einen zentralen Verkehrsknotenpunkt dar, an dem viele Fahrzeuge von der Südosttangente (A23) kommend erstmals in das dicht verbaute Wohngebiet Wiens einfahren. Gerade an dieser Stelle wäre ein Lärmblitzer besonders sinnvoll, um übermäßig laute Fahrzeuge frühzeitig zu identifizieren und die Einhaltung von Lärmgrenzwerten sicherzustellen, bevor diese tiefer in das Stadtgebiet eindringen.

Es wäre ein sinnvoller erster Standort, nachdem die neue Stadtregierung die Einführung von Lärmblitzern in ihrem Regierungsprogramm auf den Seiten 96 und 97 ausdrücklich erwähnt und selbst vorgeschlagen hat. Der Standort am Wiedner Gürtel eignet sich hervorragend als Pilotprojekt, um die Wirksamkeit dieser Maßnahme zu erproben und ein klares Signal für mehr Lebensqualität in dicht besiedelten Stadtteilen zu setzen.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025

RESOLUTION FÜR DIE LGBTQIA+ COMMUNITY

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Wieden bekennt sich klar und unmissverständlich zur Unterstützung der LGBTQIA+ Community auf der Wieden.

Dieses Bekenntnis umfasst das Ziel, Vielfalt sichtbar zu machen, Diskriminierung aktiv entgegenzuwirken und die Rechte queerer Menschen auf allen Ebenen zu stärken.

BEGRÜNDUNG:

In einer vielfältigen urbanen Gemeinschaft ist es von zentraler Bedeutung, dass alle Menschen – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität – gleichberechtigt, selbstbestimmt und in Würde leben können.

Die Sichtbarkeit und Anerkennung queerer Lebensrealitäten tragen wesentlich dazu bei, gesellschaftliche Vielfalt als Bereicherung zu verstehen und Diskriminierung entgegenzuwirken.

Zivilgesellschaftliche Organisationen, Bildungsinstitutionen und öffentliche Einrichtungen spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung von Akzeptanz und beim Abbau von Vorurteilen. Ihre Arbeit stärkt das soziale Miteinander und unterstützt insbesondere junge Menschen in ihrer Identitätsfindung. Die Präsenz queerer Themen im öffentlichen Raum ist ein Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung und trägt zur Normalisierung und Enttabuisierung bei.

Das Engagement für eine vielfältige, tolerante und solidarische Gesellschaft ist Ausdruck eines demokratischen Selbstverständnisses, das die Würde und Rechte aller Menschen schützt – insbesondere auch jener, die aufgrund ihrer

geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung besonderen Herausforderungen begegnen.

Die Bezirksvertretung Wieden bekennt sich klar zu diesen Grundwerten und bekräftigt ihr Engagement für eine vielfältige, tolerante und solidarische Gesellschaft, in der queere Menschen in ihrer Würde und ihren Rechten uneingeschränkt respektiert und geschützt werden.



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN UND LINKS-WIEDEN
IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

**ÜBERPRÜFUNG UND SICHERUNG DER BAULICHEN SUBSTANZ IN DER
SCHÄFFERGASSE 11**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden und der Klub von Links-Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Katrin Gaál, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 37 (Baupolizei) anzuweisen, das Gebäude in der Schäffergasse 11 auf bauliche Mängel zu überprüfen und – falls notwendig – entsprechende baupolizeiliche Aufträge zur Instandsetzung zu erteilen.

BEGRÜNDUNG:

Das Wohnhaus in der Schäffergasse 11 wird seit längerer Zeit auf mehreren Onlineplattformen zum Verkauf angeboten. Dabei ist auf den veröffentlichten Fotos bereits deutlich zu erkennen, dass sich das Gebäude in einem schlechten baulichen Zustand befindet.

Auffällig ist zudem, dass in den Inseraten nicht die Wohnfläche oder Nutzungsmöglichkeiten des Bestandsobjekts hervorgehoben werden, sondern vorrangig die Grundstücksgröße betont wird. Dies lässt darauf schließen, dass vor allem Bauträger ein Interesse an einem Abriss und Neubau entwickeln könnten – weniger hingegen potenzielle Käufer:innen, die an einer Sanierung und dem Erhalt der vorhandenen Substanz interessiert wären.

Um die baukulturelle Identität und historische Struktur der Wieden zu bewahren, ist es dringend geboten, frühzeitig Maßnahmen zur Sicherung des Gebäudes zu setzen. Die Magistratsabteilung 37 soll prüfen, inwieweit eine Instandhaltungspflicht besteht und welche Schritte erforderlich sind, um den Erhalt dieses stadträumlich prägenden Hauses zu gewährleisten.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



**RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG
DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

BÄUME GYMNASIUM WIEDNER GÜRTEL

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, das Gespräche geführt werden, die inzwischen brachliegenden Fläche am Schulgelände des Gymnasiums am Wiedner Gürtel an der Ecke Blechturm-gasse/Schelleingasse zu bepflanzen und diesen Bereich zu begrünen.

BEGRÜNDUNG:

Diese Brachfläche wurde vormals als Autoabstellfläche für die Direktion benützt, ist eingezäunt und gehört dem Bundesgymnasium. Die Ausgestaltung mit befahrbaren Betonsteinen ist obsolet und könnte durch die Ausgestaltung mit schattenspendende Bäumen, eventuell mit einer Sitzecke für Schüler:innen das Umfeld optische und stadtklimatetechnisch aufwerten.

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**



**AUFSTELLUNG EINER SITZGRUPPE JOHANN-STRAUß-GASSE /
SCHELLEINGASSE**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht die zuständige Magistratsabteilung 28 anzuweisen, am Gehweg bei der Schelleingasse 39, die Aufstellung einer Sitzgruppe / Sitzbänke zu überprüfen, die jedoch die Gehrelation zur Querung der Schelleingasse weiter aufrechterhalten soll

BEGRÜNDUNG:

Durch den Umbau der Schelleingasse wurde vor der Hausnummer 39 eine Freifläche geschaffen, welche zurzeit regelmäßig als Ladezone von diversen PKW und LKW genutzt wird. Dies ist nicht nur illegal, sondern führt auch zu gefährlichen Situationen mit zu Fuß gehenden Personen. Außerdem ist der Asphalt in diesem Bereich schon sichtlich verschmutzt.

Im Kreuzungsbereich gibt es derzeit eine Sitzbank, welche regelmäßig genutzt wird aber nicht genug Platz für alle bietet. Durch die zusätzliche Sitzgruppe würde außerdem der Blick die Johann-Strauß-Gasse hinunter geöffnet.

David Siebert
Bezirksrat





**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

**DAUERHAFTE BEIBEHALTUNG DES OFFENEN PFLANZENSCHRANKS IM ALOIS-
DRASCHE-PARK**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilung 42 wird ersucht, die dauerhafte Beibehaltung des offenen Pflanzenschanks im Alois-Drasche-Park prüfen.

BEGRÜNDUNG:

Nicht alle Menschen haben die finanziellen Mittel oder die Möglichkeit, Pflanzen im Handel zu erwerben. Pflanzenbesitzer:innen dagegen müssen ihre Pflanzen regelmäßig stutzen und wissen oft nicht, wohin mit den Ablegern. Der offene Pflanzenschrank leistet hierbei einen kleinen Beitrag zur Begrünung privater Räume und zum achtsamen Umgang mit Ressourcen.

Notwendiger Pflanzenrückschnitt ist allerdings nicht planbar und Tauschplätze etablieren sich als solche vor allem durch ihre Beständigkeit. Daher sprechen wir uns für die dauerhafte Beibehaltung des offenen Pflanzenschanks im Alois-Drasche-Park aus.

Mag^a Hanna Rumpold
Bezirksrätin



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

**BENUTZER:INNENFREUNDLICHE EBIS-RADSTÄNDER, OHNE BODENNAHE
QUERSTREBE, OHNE WERBETAFELN**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Magistratsabteilung 46 und 28 mögen die EBIS-Radständer auf der Wieden weitgehend ohne Werbetafeln errichten, weil diese Tafeln das komfortable Anhängen der Räder und das Durchgehen zum eigenen Rad massiv erschweren. Außerdem sind die bodennahen Querstreben auch nicht benutzer:innenfreundlich. Die Querstreben auf halber Höhe des Bügels anzubringen würde das Anlehnen und Anschließen der Räder wesentlich erleichtern.

BEGRÜNDUNG:

Es ist bekannt, dass die EBIS-Radständer von den Bezirken gerne in Auftrag gegeben werden, weil sie billig in der Herstellung sind, im Asphalt verschraubt werden und durch Werbung den Bezirken gratis zur Verfügung gestellt werden können. Trotzdem sind sie leider unpraktisch in der Nutzung. Für das Durchfädeln der Sicherungskette oben am Bügel ist wenig Platz, die Pedale schlupfen nicht unter den Bügel sondern stehen an der Werbetafel an und das Rad steht schief und in den Lichtraum zwischen den Ständern. Jetzt ist Zeit für eine neue Generation von EBIS-Radständer. Wenn auf die Werbeeinnahmen nicht verzichtet werden kann, schlagen wir vor, nur den ersten und letzten Radbügel mit einer Tafel zu zieren. Denn durch die abgestellten Räder werden die Werbetafeln ohnedies nicht wahrgenommen und die Radfahrenden ärgern sich nur drüber, was auch nicht im Sinn der Werbe-Auftraggeber:innen sein kann. Die EBIS-Radständer ohne Werbetafeln haben eine bodennahe Querstrebe die absolut Nutzer:innen-feindlich für Radfahrende ist.

Mag.^a Barbara Neuroth
Bezirksrätin

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

**ABSTIMMUNG INFRASTRUKTURELLER VORHABEN ZUR
KOORDINATION BEZIRKLICHER KLIMASCHUTZ- UND
PLANUNGSPROJEKTE**



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die zuständigen amtsführenden Stadträte Mag^a Ulli Sima und Mag. Jürgen Czernohorsky werden ersucht, die Wiener Netze, Wiener Wasser, Wien Kanal und die Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) anzuweisen, der Bezirksvorsteherin eine Übersicht zu übermitteln, in welchen Straßen, Gassen und Plätzen des 4. Bezirks in den kommenden fünf Jahren

- Wasserleitungen
- Kanäle
- Gasleitungen

erneuert oder saniert werden müssen, weil sie sich bereits in einem sanierungsbedürftigen Zustand befinden.

Ebenso wird die Magistratsabteilung 28 ersucht darzulegen, welche Straßenzüge auf der Wieden in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich saniert werden müssen.

Diese Übersicht soll der Frau Bezirksvorsteherin zu Präsentation in der Verkehrs- und Planungskommission übermittleit werden.

BEGRÜNDUNG:

Die Klimastrategie des Bezirks Wieden setzt gezielt auf die Mitnutzung ohnehin geplanter Bauvorhaben, um gleichzeitig Begrünungsmaßnahmen, Verbesserungen für aktive Mobilität sowie neue Aufenthaltsqualitäten im öffentlichen Raum umzusetzen.

Damit sich alle Fraktionen frühzeitig und fundiert mit anstehenden Projekten beschäftigen können, ist eine transparente und vorausschauende Informationsweitergabe wesentlich. Nur so kann der politische Diskurs breit geführt und das Potenzial städtischer Investitionen bestmöglich für den Bezirk genutzt werden.

Ein regelmäßiger und strukturierter Informationsfluss ermöglicht es allen im Bezirk vertretenen politischen Kräften, ihre jeweiligen Ideen einzubringen und gemeinsam nachhaltige Lösungen zu entwickeln – zum Vorteil aller Bewohner:innen des

Bezirks. Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

**HALTE- UND PARKVERBOT – AUSGENOMMEN FAHRRÄDER – BEI DER
RADABSTELLANLAGE SCHELLENGASSE 1**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 46 anzuweisen, bei der Radabstellanlage in der Schellengasse 1 ein Halte- und Parkverbot – ausgenommen Fahrräder – zu verordnen.

BEGRÜNDUNG:

Laut den ursprünglichen Plänen der Umgestaltung der Argentinierstraße waren an diesem Standort Abstellplätze für zahlreiche Fahrräder sowie ein Lastenrad vorgesehen. In der Realität ist dieser Raum jedoch fast durchgehend von Mopeds oder Motorrädern besetzt, wodurch eine Nutzung durch größere Fahrräder oder Lastenräder faktisch unmöglich wird.

Da das Abstellen von motorisierten Zweirädern an dieser Stelle gemäß Straßenverkehrsordnung derzeit legal ist, bedarf es einer klaren verkehrsbehördlichen Anordnung, um den vorgesehenen Zweck der Radabstellanlage tatsächlich umzusetzen. Nur so kann sichergestellt werden, dass der für den Radverkehr geschaffene Raum auch bestimmungsgemäß genutzt werden kann.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter





ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025

ENDLICH MEHR TICKET-AUTOMATEN AM SÜDTIROLERPLATZ

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, mehr Ticketautomaten für die Wiener Linien im Durchgangsbereich der U-Bahnstation Südtirolerplatz/Hauptbahnhof (nahe Auf/Abgang U1) zur Verfügung zu stellen und diesen Engpass für ihre Kund:innen endlich entsprechend abzubauen.

BEGRÜNDUNG:

Ein gleichlautender Antrag wurde im September 2018 gestellt und einstimmig beschlossen. In der Beantwortung wurde eine baldige Umsetzung versprochen, die in den vergangenen 7 Jahren bedauerlicherweise nicht erfolgt ist.

Mag.^a Barbara Neuroth
Bezirksrätin

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG
DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. SEPT. 2018



MEHR TICKETAUTOMATEN IN DER PASSAGE SÜDTIROLERPLATZ

Der Beirat der Grünen Wieden stellt den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima wird ersucht die Wiener Linien zu beauftragen in der Station Hauptbahnhof/Südtiroler Platz zusätzliche Ticketautomaten in der Neben Halle vor dem Durchgang zum Hauptbahnhof zu installieren.

Begründung:



Vor den Ticketautomaten kommt es sehr oft zu längeren Warteschlangen. Zusätzliche Automaten würden das Service für die Fahrgäste wesentlich verbessern.

BR Manfred Itzinger



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG
AM 26. JUNI 202**

ZUSÄTZLICHE RADABSTELLANLAGEN

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Magistratsabteilungen 46 und 28 mögen die Errichtung zusätzlicher Radabstellanlagen an folgenden Standorten überprüfen und die Errichtung bei gegebenem Bedarf und Vorliegen der technischen Voraussetzungen vornehmen:

- Viktorgasse 18
- Viktorgasse 22-24
- Fleischmannsgasse 4 (inkl. Abstellplatz für ein Lastenfahrrad)
- Belvederegasse 16

BEGRÜNDUNG:

In den letzten Jahren wurde die Radinfrastruktur im Bezirk deutlich verbessert – unter anderem durch neue Radwege, sicherere Querungen und fahrradfreundliche Straßenraumgestaltungen. Diese Maßnahmen zeigen Wirkung: Immer mehr Menschen steigen auf das Fahrrad um und nutzen es regelmäßig für ihre täglichen Wege.

Gerade in kleineren Gassen, die oft als direkte Verbindungen oder Zielorte genutzt werden, steigt daher auch der Bedarf an sicheren und gut erreichbaren Radabstellmöglichkeiten. Der vorhandene Platz für Fahrräder reicht vielfach nicht mehr aus – abgestellte Räder blockieren zunehmend Gehsteige oder werden mangels Alternativen an ungeeigneten Stellen fixiert.

Damit der Umstieg aufs Fahrrad weiterhin gelingt und noch mehr Menschen motiviert werden, klimafreundlich mobil zu sein, braucht es auch eine entsprechende Infrastruktur am Ziel: Gute, sichere und ausreichend vorhandene Radabstellanlagen sind dafür eine zentrale Voraussetzung.

Die Errichtung zusätzlicher Fahrradständer in dieser Gasse ist daher ein notwendiger Schritt, um die Mobilitätswende im Bezirk praktisch umzusetzen und für die wachsende Zahl an Radfahrenden adäquate Bedingungen zu schaffen.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG
AM 26. JUNI 2025**

**MEHR RADSTÄNDER AM WIEDNER GÜRTEL BZW. IM UMFELD DES
TAGESZENTRUMS DER CARITAS**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Magistratsabteilungen 46 und 28 mögen weitere Radabstellanlagen im Bereich des Caritas Tageszentrums am Wiedner Gürtel 10 und in der Mommsengasse errichten.

BEGRÜNDUNG:

Bei einer Exkursion ins Tageszentrum wurde uns bestätigt, dass viele Mitarbeiter:innen mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen und die Radständer im Umfeld nicht ausreichen. Mit einer Ausweitung der Radabstellanlage am Wiedner Gürtel und mit einer Erweiterung der Bügel in der Mommsengasse könnte der Bedarf besser gedeckt werden.

Ursula Machold
Bezirksrätin

Mag.^a Barbara Neuroth
Bezirksrätin



**RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN UND LINKS-WIEDEN IN
SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

DER

RESOLUTION FÜR FEMINISTISCHE STADTPLANUNG

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden und der Klub von Links-Wieden stellen den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Wieden bekennt sich klar und unmissverständlich zur feministischen Stadtplanung auf der Wieden als Leitprinzip für eine gerechte, sichere und lebenswerte Stadt für alle.

BEGRÜNDUNG:

Stadtplanung beeinflusst maßgeblich, wer sich im öffentlichen Raum willkommen, sicher und sichtbar fühlt. In Zeiten gesellschaftlicher Rückschritte gewinnen feministische Perspektiven an Bedeutung, insbesondere wenn es darum geht, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe zu fördern.

Die Integration der Gender-Perspektive in alle städtebaulichen und sozialen Planungsprozesse auf Bezirksebene stellt einen zentralen Aspekt einer gerechten Stadtentwicklung dar. Öffentliche Räume, die inklusiv, barrierefrei, konsumfrei und sicher gestaltet sind, tragen dazu bei, die Bedürfnisse von Frauen, queeren Menschen, Kindern, älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen und armutsbetroffenen Gruppen sichtbar zu machen und zu berücksichtigen.

Alltägliche Wege – etwa zwischen Wohnen, Betreuung, Pflege, Versorgung und Erholung – gewinnen an Qualität, wenn sie kurz, sicher und gut erreichbar sind. Das Leitbild der 15-Minuten-Stadt bietet hierfür eine geeignete Orientierung. Leistbarer, grüner Wohnraum, der gezielt auf die Lebensrealitäten von Frauen, Alleinerzieher:innen, älteren Menschen und marginalisierten Gruppen eingeht, wirkt sozialer Ausgrenzung entgegen.

Planungsprozesse, die intersektional gedacht und niederschwellig gestaltet sind – etwa durch mehrsprachige Angebote und gezielte Ansprache – ermöglichen eine breitere Beteiligung von Frauen, migrantischen Communities, queeren Menschen und Menschen mit Behinderungen.

Die Bezirksvertretung Wieden bekennt sich zu einer intersektionalen feministischen Stadtplanung, die Fürsorge, Gerechtigkeit und Teilhabe ins Zentrum stellt.

Wir wollen einen Bezirk, in dem alle Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung, Einkommen oder körperlichen Voraussetzungen – gleichberechtigt leben, sich bewegen und mitgestalten können.



**RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

RESOLUTION ZUM SCHUTZ VON DRAG QUEENS, KINGS UND QUINGS

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Wieden bekennt sich mit Nachdruck zum Schutz und zur uneingeschränkten Unterstützung von Drag Artists auf der Wieden.

BEGRÜNDUNG:

Drag ist Kunst. Drag ist politisch. Drag ist Teil unserer Gesellschaft und unserer Kultur. In einer Zeit, in der queere Menschen und insbesondere Drag Artists zunehmend zur Zielscheibe von Hass, Hetze und Einschüchterung werden, ist es unsere demokratische Pflicht, klar Stellung zu beziehen.

Die Bezirksvertretung Wieden verurteilt jede Form von queerfeindlicher Hetze, insbesondere jene, die sich gezielt gegen Drag Artists richtet – sei es auf der Straße, im Netz oder durch politische Rhetorik.

Veranstaltungen mit Drag Artists sollen in unserem Bezirk ohne Angst, ohne Bedrohung und ohne Einschränkung stattfinden können. Die Sicherheit von Künstler:innen und Besucher:innen hat oberste Priorität.

Drag wird als Ausdruck von Freiheit, Kreativität und gesellschaftlicher Vielfalt anerkannt.

Die Bezirksvertretung Wieden stellt sich entschieden gegen rückwärtsgewandte und ausgrenzende Ideologien.

Wir stehen an der Seite der Drag Community – laut, sichtbar und solidarisch. Denn wer Drag angreift, greift unsere offene Gesellschaft an. Und dem stellen wir uns mit aller Entschlossenheit entgegen.



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

FREIGABE DER BELVEDEREGASSE FÜR RADVERKEHR GEGEN DIE EINBAHN

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 46 mit der Überprüfung zu beauftragen, ob bzw. unter welchen baulichen Maßnahmen das Radfahren gegen die Einbahn in der Belvederegasse im Abschnitt zwischen Prinz-Eugen-Straße und St.-Elisabeth-Platz ermöglicht werden kann.

BEGRÜNDUNG:

Die Belvederegasse ist in diesem Bereich ausreichend breit, um das Radfahren gegen die Einbahn ohne größeren baulichen Aufwand und ohne Sicherheitsrisiko zuzulassen. Die Maßnahme wäre ein wichtiger Beitrag zur Förderung des Radverkehrs auf der Wieden und würde eine direkte, sichere und komfortable Verbindung zwischen zwei bedeutenden Verkehrsachsen schaffen.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

Fabian Setznagel
Klubobmann



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

**ROTFÄRBUNG DES RADWEGS IN DER WIEDNER HAUPTSTRASSE BEI
EINMÜNDUNGEN IN SEITENGASSE**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Magistratsabteilungen 46 und 28 mögen in den Einmündungen der Seitenstraßen die Bereiche des Radwegs in der Wiedner Hauptstraße rot einfärben, um die Gefahrenstellen für KFZs und Radfahrende besser sichtbar zu machen, insbesondere in den nicht durch Ampeln geregelten Bereichen

- bei der Überfahrt Schaumburgergasse und Mayerhofgasse
- bei der Einmündung Graf-Starhemberg-Gasse
- bei der Einmündung Schlüsselgasse

BEGRÜNDUNG:

Der Radverkehr nimmt in den Sommermonaten weiter zu. Das ist gut so! Aber etliche abbiegende Personenkraftwagen, vor allem Ortsfremde, ignorieren oftmals die geradeausfahrenden Radfahrenden stadteinwärts bei Mayerhofgasse und Schaumburgergasse. Eine rote Markierung (Konfliktbereich Straße/Radweg) kann die Aufmerksamkeit wesentlich erhöhen. Für die Einmündungen der Personenkraftwagen aus der Graf Starhemberg-Gasse und Schlüsselgasse konzentrieren sich die KFZ auf die Straßenbahn und auf Radfahrende aus einer Richtung, und übersehen dabei Radfahrende aus der anderen Richtung. Eine Rotfärbung des Kreuzungsbereichs ist geboten, um die Personenkraftwagen auf die Gefahrenstelle hinzuweisen wo besondere Aufmerksamkeit gefordert ist.

Mag.^a Barbara Neuroth
Bezirksrätin

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

**WIEDERAUFSTELLUNG EINER FAHRRADLUFTPUMPE AN DER KREUZUNG
WEYRINGERGASSE / ARGENTINIERSTRASSE**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 28 anzuweisen, im Kreuzungsbereich Weyringergasse / Argentinierstraße erneut eine öffentliche Fahrradluftpumpe zu installieren.

BEGRÜNDUNG:

An diesem Standort war über längere Zeit hinweg bereits eine Fahrradpumpe vorhanden, die jedoch mittlerweile entfernt oder abgebaut wurde.

Gerade im Bereich der Argentinierstraße – einer stark frequentierten Fahrradstraße – ist eine funktionale Infrastruktur für Radfahrende besonders wichtig. Eine öffentlich zugängliche Luftpumpe verbessert die Sicherheit und Nutzbarkeit des Fahrrads im Alltag erheblich und trägt zur Attraktivität des Radverkehrs bei.

Die Wiederaufstellung der Fahrradpumpe ist eine einfache, kostengünstige Maßnahme mit hohem Nutzen, um den Umstieg auf das Fahrrad weiter zu unterstützen und die Qualität der Radverkehrsverbindung zu erhöhen.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

**ERHEBUNG DES BAUMPOTENTIALS IN DER OPERNGASSE UND
MARGARETENSTRASSE**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) anzuweisen, das Baumpotenzial für die Operngasse und die Margaretenstraße im 4. Bezirk zu erheben. Dabei soll ein Plan ausgearbeitet werden, der jene Bereiche deutlich kennzeichnet, in denen keine unterirdischen Einbauten vorhanden sind und somit Baumpflanzungen technisch möglich wären.

Dieser Plan soll der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Diskussion in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

BEGRÜNDUNG:

Eine frühzeitige und transparente Darstellung des realen Pflanzpotentials ist eine wesentliche Voraussetzung für fundierte politische Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung wichtiger Straßenzüge.

Indem aufgezeigt wird wo Bäume tatsächlich gepflanzt werden können, entsteht eine objektive Grundlage für alle Fraktionen, um gemeinsam zu überlegen, wie der vorhandene Straßenraum bestmöglich genutzt werden kann – mit dem Ziel, möglichst viele zusätzliche Grünstrukturen zu schaffen und die Lebensqualität im Bezirk zu erhöhen.

Ein solcher Plan würde die klimaorientierte Weiterentwicklung der Straßenzüge sachlich unterstützen und die politische Diskussion auf eine klare, faktenbasierte Ebene heben.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin-Stellverteter

Mag.^a Barbara Neuroth

Bezirksrätin

Fabian Setznagel

Klubobmann

Der Klub der NEOS Bezirksrät:innen

An die
Bezirkvorstehung Wieden
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26.06.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgende

Resolution betreffend die Erarbeitung eines Verhaltenskodex für die Bezirksvertretung Wieden

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, dass alle Fraktionen, vertreten durch von ihnen selbst zu bestimmende Repräsentant:innen aus dem Kreis ihrer Bezirksrät:innen, zeitnah einen „Verhaltenskodex für die Bezirksvertretung Wieden“ ausarbeiten und sich diesen selbst gegebenen Compliance-Regeln verpflichten durch seitens der einzelnen Fraktionen abgegebene Selbstverpflichtungserklärungen.

Begründung:

Kürzlich wurde ein neuer Kodex für Wiener Landtagsabgeordnete und Gemeinderät:innen fertiggestellt (<https://www.wien.gv.at/politik/gemeinderat/verhaltensleitlinien.html>). Gerade in Zeiten, in denen das Vertrauen in die Politik sowie in die Politiker:innen selbst massiv beschädigt ist, tragen Mandatsträger:innen eine besondere Verantwortung der Gesellschaft gegenüber. Nicht nur jeder Regelverstoß, sondern auch schon der Anschein eines Interessenskonfliktes schadet unserer Demokratie. Deshalb sind klar definierte Grundregeln sowie Kontrollinstrumente, die jeglichen Anschein von Interessenskonflikten verhindern können, von besonderer Bedeutung. Ein Verhaltenskodex soll Grundregeln der Verhaltensgebarung für die Bezirksrät:innen verankern sowie ihnen die notwendige Klarheit verschaffen, wie sie sich bei möglichen Interessenskonflikten zu verhalten haben. Grundlage für diesen Verhaltenskodex soll der „Wiener Verhaltenskodex - Kodex für Wiener Landtagsabgeordnete und Gemeinderät:innen“ bilden.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. März 2025 stellt die sozialdemokratische Bezirksrätin Ursula Prager-Ramsa nachstehenden

Abänderungsantrag

betreffend

Antrag 39: Erarbeitung eines Verhaltenskodex für die Bezirksvertretung Wieden

Der Antrag möge nach „Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus,“

"dass unter Einbindung aller Fraktionen ein wienweit einheitlicher Verhaltenskodex mit Compliance-Regeln für alle Mitglieder der Bezirksvertretung ausgearbeitet wird."

lauten.

Ursula Prager-Ramsa

Der Klub der NEOS Bezirksrät:innen

An die

Bezirkvorstehung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26.06.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend die bessere Kennzeichnung der Busspur Rainergasse Höhe Hausnummer 3 bis Einmündung Favoritenstraße

Die zuständige Magistratsabteilung 46 wird ersucht, die Busspur in der Rainergasse ab Hausnummer 3 bis zur Einmündung in die Favoritenstraße mit Beschilderung und farbiger Bodenmarkierung besser als solche zu kennzeichnen oder sonstige angemessene Anreize im Ermessen der Magistratsabteilung zu setzen, damit die Busspur nicht als Rechtsabbiegespur und/oder zum Fahren von nicht dafür vorgesehenen Fahrzeugen zweckentfremdet wird.

Begründung:

Es kommt ab ca. Höhe Rainergasse 3 oft zu Staus auf der Busspur und der Bus kann nicht ungehindert verkehren, da Fahrzeuge die Busspur unzulässiger Weise als Rechtsabbiegespur oder zum Überholen wartender Autos, die sich bereits in die Abbiegespur eingereiht haben und stehend auf Weiterfahrt bei grüner Ampel warten, benutzen. Speziell im Abendverkehr, wenn die Aneinanderreihung wartender Rechtsabbieger (auf die Favoritenstrasse stadtauswärts) oftmals bis zum Zebrastreifen Rainergasse, Ecke Graf Starhemberg-Gasse zurück reicht, ist diese Situation praktisch täglich zu beobachten.

Die Gesamtsituation führt zu entsprechend höherer Belastung der Anrainer:innen durch Verkehr und Immissionen (Abgase, Gehupe). Da die Straße und somit Busspur an dieser Stelle eine kleine Knickung hat, dürfte auch die fehlende Einsicht in die selbe zur Verwechslung mit einer Abbiegespur beitragen. Das könnten entsprechende optische Anreize und etwaige andere Maßnahmen, die die Magistratsabteilung allenfalls ihrer professionellen Fachmeinung entnimmt, verhindern.

Der Klub der NEOS Bezirksrät:innen

An die
Bezirksvorsteherung Wieden
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26.06.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Überprüfung der Verkehrssicherheit Wiedner Hauptstraße Ecke Schaumburgergasse

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Magistratsabteilung 46 die Verkehrssicherheit zu überprüfen in Bezug auf Konflikte zwischen Radfahrer:innen, Fußgänger:innen, Autofahrer:innen und öffentliche Verkehrsmittel im Kreuzungsbereich der Wiedner Hauptstraße mit der Schaumburgergasse und die Ergebnisse der Bezirksvorsteherin zu übermitteln.

Begründung:

Im Bereich der Wiedner Hauptstraße Ecke Schaumburgergasse kommt es regelmäßig zu einem hohen Aufkommen unterschiedlicher Verkehrsteilnehmer:innen. Besonders kritisch gestaltet sich die Situation durch die Verkehrsführung in der Schaumburgergasse: Nach der Garageneinfahrt bei der Wiedner Hauptstraße 53 wird die Schaumburgergasse zur Einbahn in stadtauswärtiger Richtung. Fahrzeuge, die etwa aus der dortigen Garage ausfahren, können noch unmittelbar in die Wiedner Hauptstraße einbiegen. In diesem Bereich werden laufend gefährliche Verkehrssituationen beobachtet, insbesondere im Zusammenspiel mit querenden Fußgänger:innen und Radfahrer:innen sowie dem Öffentlichen Verkehr. Unserer Ansicht nach wäre hier eine durchgängige Einbahn stadtauswärts der Schaumburgergasse wichtig.

Betrifft: Fußgängerschutz jetzt - Schwerpunktkontrollen illegal abgestellter Fahrräder auf Gehsteigen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 26. Juni 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass verstärkt Schwerpunktkontrollen betreffend illegal abgestellte Fahrräder auf Gehsteigen bzw. Verkehrsschildermasten auf der Wieden durchgeführt werden.

Begründung

Trotz des allseits bekannten Verbots des Abstellens von Fahrrädern auf Gehsteigen bzw. Verkehrsschildermasten kommt es dennoch laufend zu Behinderungen für Fußgängerinnen und Fußgänger. Gerade für Menschen, die nicht so mobil sind, stellen diese illegal abgestellten Fahrräder ein Sicherheitsproblem dar, denn sie verengen die Gehsteige massiv. Verstärkte Schwerpunktkontrollen sollen hier auch in unserem Bezirk präventive Wirkung entfalten und u.a. auch zur Bewusstseinsbildung beitragen.



**GEGENRESOLUTION DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

**FUßGÄNGERSCHUTZ JETZT - SCHWERPUNKTKONTROLLEN ILLEGAL ABGESTELLTER
AUTOS AUF GEHSTEIGEN**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen die folgende

GEGENRESOLUTION

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass verstärkt Schwerpunktkontrollen betreffend illegal abgestellte Autos und LKWs auf Gehsteigen auf der Wieden durchgeführt werden.

BEGRÜNDUNG:

Trotz des allseits bekannten Verbots des Abstellens von Autos und LKWs auf Gehsteigen kommt es dennoch laufend zu Behinderungen für Fußgänger*innen. Gerade für Menschen, die nicht so mobil sind, stellen diese illegal abgestellten Fahrzeuge ein Sicherheitsproblem dar, denn sie verengen die Gehsteige massiv. Verstärkte Schwerpunktkontrollen sollen hier auch in unserem Bezirk präventive Wirkung entfalten und u.a. auch zur Bewusstseinsbildung beitragen.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

Betrifft: Büsche Grünfläche Kreuzherrengasse Ecke Argentinierstraße nachpflanzen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 26. Juni 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 42 möge die fehlenden Büsche bei der Grünfläche Kreuzherrengasse Ecke Argentinierstraße, auf der auch das Gluckdenkmal steht, rasch nachpflanzen, wie bereits in den BV-Sitzungen vom 27. Juni 2024 und 27. März 2025 gefordert und beschlossen wurde.

Begründung

Die fehlenden Büsche hinterlassen einen wenig gepflegten Eindruck und Nachpflanzungen würden das gesamte Ensemble optisch aufwerten.



Betrifft: Klimafite Pflasterung statt neuer Hitzehotspots

Die unterzeichnenden Bezirksräte DI Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 26. Juni 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima möge, aus gegebenem Anlass, die Magistratsabteilung 46 beauftragen zu überprüfen, wo auf der Wieden künftig Gehsteige und Fahrbahnen mit einer klimafiten und durchlässigen Pflasterung erneuert werden können.

Das Ergebnis soll der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

Begründung

Im Zuge der kürzlich erfolgten Sanierung der Nebenfahrbahn im Bereich Wiedner Hauptstraße 54 wurde Asphalt verwendet, anstatt diesen klimafit zu gestalten. Diese Ausführung leistet keinen Beitrag zur Steigerung des Mikroklimas vor Ort.



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 26. Juni 2025 nachstehenden Antrag**

**Betrifft: Reinigung bzw. Erneuerung der Hinweistafeln beim Kletterspielgerät „Baumhaus“
im Alois-Drasche-Park**

Die Bezirksvertretung Wieden möge beschließen, den amtsführenden Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky, aufzufordern, die zuständige Magistratsabteilung zu bitten die stark beschmierte Hinweistafel („Baumhausordnung“) sowie die daneben angebrachte rote Verbotstafel beim Kletterspielgerät im Alois-Drasche-Park entweder zu reinigen oder – falls nicht möglich – vollständig zu ersetzen.

Im Zuge dessen soll auch geprüft werden, ob ein zusätzlicher oder klarer Hinweis angebracht werden kann, dass das Nächtigen sowie das Zurücklassen persönlicher Gegenstände im Spielbereich untersagt ist.

Begründung: Die Hinweistafeln beim genannten Kletterspielgerät sind durch massive Graffiti-Beschmierungen vollständig unleserlich geworden. Damit ist weder die ursprüngliche Information zur Spielplatzordnung („Baumhausordnung“) noch die Verbotregelung (z. B. Rauch- und Hundeverbot) für BesucherInnen erkennbar. In stark frequentierten Spielbereichen ist eine gut sichtbare, verständliche Beschilderung wesentlich – insbesondere im Hinblick auf Sicherheit, Ordnung und den Schutz der Kinder. Darüber hinaus kommt es regelmäßig zu Problemen mit Personen, die den überdachten Spielbereich außerhalb der Nutzungszeiten als Schlafplatz nutzen. Vor Ort wurden mehrfach stark verschmutzte Kleidungsstücke sowie benutzte Utensilien zum Drogenkonsum gefunden. Dies stellt eine erhebliche hygienische und gesundheitliche Gefährdung insbesondere für Kinder dar. Ein klarer Hinweis auf das Verbot des Nächtigen und des Zurücklassens persönlicher Gegenstände ist daher dringend erforderlich.

KO Marie Hauser



Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellt
der Grüne Bezirksvorsteherin-Stellvertreter Pascal Riepl
nachstehenden



ABÄNDERUNGSANTRAG

betreffend

ANTRAG 48: Reinigung bzw. Erneuerung der Hinweistafeln beim Kletterspielgerät „Baumhaus“ im Alois-Drasche-Park

Es möge der letzte Satz gestrichen werden:

Im Zuge dessen soll auch geprüft werden, ob ein zusätzlicher oder klarer Hinweis
angebracht werden kann, dass das Nächtigen sowie das Zurücklassen persönlicher
Gegenstände im Spielbereich untersagt ist.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 26. Juni 2025 nachstehenden Antrag**

Betrifft: Ausbau des Outdoor-Fitnessangebots im Alois-Drasche-Park

Die Bezirksvertretung Wieden möge beschließen, den amtsführenden Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky, aufzufordern, die zuständige Magistratsabteilung – insbesondere die Magistratsabteilung 42 zu ersuchen, die Errichtung zusätzlicher Fitness- und Motorikgeräte im Alois-Drasche-Park, im Bereich der bestehenden Anlage, auf ihre technische und räumliche Umsetzbarkeit sowie die Bedarfslage hin zu prüfen.

Begründung: Der Alois-Drasche-Park ist nicht nur eine beliebte Grünfläche im Bezirk – er ist für viele AnrainerInnen auch ein Ort der täglichen Bewegung und Begegnung. Die vorhandenen Outdoor-Fitnessgeräte werden intensiv genutzt – oft gleichzeitig von mehreren Personen und aus allen Altersgruppen.

Gerade in einer Stadt wie Wien, wo viele Menschen ohne Vereinsmitgliedschaft oder Fitnessstudiozugang leben, sind kostenlose, öffentliche Bewegungsangebote von enormer Bedeutung – weil sie unabhängig von Alter, Einkommen oder Herkunft allen zugutekommen. Ein gezielter Ausbau des bestehenden Fitnessbereichs – etwa durch zusätzliche Calisthenics-Übungsgeräte, Balanceelemente oder Motorikgeräte – würde nicht nur dem aktuellen Andrang gerecht, sondern auch noch mehr Menschen motivieren, sich aktiv zu betätigen. Ob jung oder alt, Anfänger oder Sportliche – solche Angebote schaffen echte, niederschwellige Gesundheitsförderung direkt im Grätzl. Der Alois-Drasche-Park bietet hierfür ideale Voraussetzungen. Die Erweiterung des Bewegungsangebots ist daher nicht nur wünschenswert, sondern ein starkes Signal für aktive Bezirksentwicklung.

KO Marie Hauser



Bestehender Fitnessbereich



Vorschlag Erweiterung



52-1

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellt
der Grüne Bezirksvorsteherin-Stellvertreter Pascal Riepl
nachstehenden



ABÄNDERUNGSANTRAG

betreffend

ANTRAG 52 Ausbau des Outdoor-Fitnessangebots im Alois-Drasche-Park

Es möge das Wort „inklusive“ vor der Wortfolge „Fitness- und Motorikgeräte“
eingefügt werden.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 26. Juni 2025 nachstehenden Antrag**

**Betrifft: Reinigung und denkmalpflegerische Instandsetzung der Gedenktafel zum
ehemaligen Johann-Strauß-Theater**

Die Bezirksvertretung Wieden möge beschließen, die amtsführende Stadträtin Mag.^a Veronica Kaup-Hasler, aufzufordern, die zuständige Magistratsabteilung zu ersuchen, die fachgerechte Reinigung sowie – falls erforderlich – eine denkmalpflegerische Instandsetzung der Gedenktafel zum ehemaligen Johann-Strauß-Theater zu veranlassen.

Begründung: Die Gedenktafel an das ehemalige Johann-Strauß-Theater ist derzeit in einem vernachlässigten Zustand. Dabei erinnert sie an einen bedeutenden Ort der Wiener Theatergeschichte und an eine Phase kultureller Vielfalt, die für die Identität Wiens als Musik- und Theaterstadt prägend war.

Das 1908 eröffnete Theater war nicht nur benannt nach Johann Strauß Sohn, der seine letzten Lebensjahre in der Nähe verbrachte, sondern auch ein Ort der Pflege und Weiterentwicklung der Wiener Operettentradition. In den 1920er Jahren feierte hier unter anderem der Großonkel des Antragstellers künstlerische Erfolge, was das Theater auch für viele Wiener Familien zum Teil ihrer persönlichen Erinnerungskultur macht.

Darüber hinaus spielte das Haus auch nach dem Zweiten Weltkrieg eine besondere Rolle als kulturelles Fenster der sowjetischen Besatzungsmacht – 80 Jahre nach Kriegsende wäre es ein Zeichen, auch daran zu erinnern. Wenn schon das Theater nicht erhalten werden konnte, wäre wenigstens eine Reinigung und denkmalpflegerische Aufwertung der Gedenktafel ein kleines, aber symbolisch starkes Zeichen der Wertschätzung gegenüber der kulturellen Geschichte des Bezirks und der Stadt Wien insgesamt.

BR Christoph Bathelt, M.A.

KO Marie Hauser





**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 26. Juni 2025 nachstehenden Antrag**

Betrifft: Verhinderung illegaler Mopedfahrten im Alois-Drasche-Park

Die Bezirksvertretung Wieden möge beschließen, die amtsführenden Stadträte Mag.^a Ulli Sima und Mag. Jürgen Czernohorszky, aufzufordern, gemeinsam mit den zuständigen Magistratsabteilungen (insbesondere Magistratsabteilung 42, Magistratsabteilung 46) Maßnahmen zu ergreifen, um das wiederholte verbotene Befahren des Alois-Drasche-Parks mit E-Mopeds & E-Scootern (max. 25 kmh) zu unterbinden.

Konkret wird ersucht:

- die verstärkte Kontrolle und Sanktionierung durch die Polizei zu prüfen.
- Sowie die Möglichkeit baulicher Maßnahmen (z. B. zusätzlicher Poller, physischer Absperrungen) im Einfahrtsbereich zu evaluieren.

Begründung: In den vergangenen Monaten kam es wiederholt zu gefährlichen Situationen im Alois-Drasche-Park, da ZustellerInnen – insbesondere im Rahmen kommerzieller Lieferdienste wie Foodora, Mjam oder Lieferando – die Geh- und Grünflächen unerlaubt mit Mopeds oder E-Scootern befahren.

Diese Fahrten stellen eine konkrete Gefährdung für Kinder, Familien und ältere Menschen dar, die sich in der Anlage aufhalten.

Die Wege sind eng und klar als nicht für motorisierten Verkehr freigegeben gekennzeichnet. Der Ärger unter Eltern und ParkbesucherInnen ist groß – es kam bereits zu zahlreichen brenzligen Situationen. Im Herbst ereignete sich ein schwerer Unfall, bei dem ein Mopedfahrer die Kontrolle über sein Fahrzeug verlor und sich dabei schwer verletzte. Glücklicherweise kam es zu keiner Kollision mit anderen Personen – doch das war reines Glück. Um die Sicherheit im Park dauerhaft zu gewährleisten, braucht es eine Kombination aus verstärkter Kontrolle und baulichen Maßnahmen, die ein Einfahren effektiv verhindern.

KO Marie Hauser

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 stellt der Grüne Bezirksvorsteherin-Stellvertreter Pascal Riepl nachstehenden



ABÄNDERUNGSANTRAG

betreffend

ANTRAG 55 Verhinderung illegaler Mopedfahrten im Alois-Drasche-Park

Der Antrag möge wie folgt geändert werden:

Anstatt „Maßnahmen zu ergreifen, um das wiederholte verbotene Befahren des Alois-DrascheParks mit Mopeds zu unterbinden. Konkret wird ersucht: • die verstärkte Kontrolle und Sanktionierung durch die Polizei zu prüfen. • Sowie die Möglichkeit baulicher Maßnahmen (z. B. zusätzlicher Poller, physischer Absperrungen) im Einfahrtsbereich zu evaluieren.“

Soll folgender Satz eingefügt werden:

„soll die Radwegführung rund um den Alois-Drasche-Park deutlicher und unmissverständlich gekennzeichnet werden, um die Sicherheit für alle und Orientierung für Radfahrende zu verbessern, sowie die verstärkte Kontrolle durch die Polizei geprüft werden.“

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 26. Juni 2025 nachstehenden Antrag**

**Betrifft: Reparatur und Zustandsüberprüfung des Zauns am Kinderspielplatz im Alois-
Drasche-Park.**

Die Bezirksvertretung Wieden möge beschließen, den amtsführenden Mag. Jürgen Czernohorszky, aufzufordern, die zuständige Magistratsabteilung zu ersuchen, die beschädigten Abschnitte des Zauns im Kinderspielplatzbereich (z.B Nähe Sandkiste) umgehend zu reparieren und den restlichen Zaun auf weitere sicherheitsrelevante Mängel zu überprüfen.

Begründung: Am Zaun im genannten Bereich sind deutlich sichtbare Schäden vorhanden. Einzelne Elemente sind verbogen, instabil oder teilweise herausgelöst. Dadurch besteht akute Verletzungsgefahr, insbesondere für Kinder, die den Zaun beim Spielen oder Klettern berühren, übersteigen oder – wie bereits öfters beobachtet – auch versuchen, durch die entstandene Lücke zu steigen. Dies stellt daher ein Sicherheitsrisiko insbesondere für Kleinkinder dar.

Neben der offensichtlichen Beschädigung ist auch davon auszugehen, dass der restliche Zaun – aufgrund seines Alters oder früherer Reparaturen – weitere Schwachstellen aufweist. Um zukünftige Gefahren zu vermeiden, ist eine vollständige Überprüfung und gegebenenfalls Sanierung des gesamten Zaunverlaufs durch die Magistratsabteilung 42 dringend geboten. Eine rasche Instandsetzung dient sowohl der Sicherheit der Parkbesucher als auch dem Erhalt der Anlage.

KO Marie Hauser





Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden und der Klub der Grünen Wieden tsellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

FREUNDGASSE 9 KEIN AIRBNB NACH SANIERUNG

Die Vizebürgermeisterin und amtsführende Stadträtin Katrin Gaal wird ersucht, mit den ihr untergeordneten Dienststellen der Stadt Wien zu überprüfen, wie rund um die geplante Sanierung des Wiedner Problemhauses des letzten Jahrzehnts in der Freundgasse 9, das in einer Denkmal- und Schutzzone steht, die Einrichtung und Genehmigung von Appartements für Kurzzeitvermietung verhindert und statt dessen Wohnraum für Wiedner*innen zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Ergebnisse dieser Prüfung mögen der Bezirksvorsteherin vorgelegt werden.

Begründung

Die Freundgasse 9 hat die öffentliche Hand und damit auch die Wiedner*innen bisher viel Geld gekostet sowie den Bezirk und etliche Dienststellen der Stadt Jahre auf Trab gehalten. Die Nichteinhaltung der Erhaltungspflichten durch die Eigentümer*innen haben den Bezirk und diverse Magistratsabteilung intensiv beschäftigt. Teilweise musste wegen Gefahr in Verzug vom Bezirk und der Stadt rasch gehandelt werden.

Nachzulesen ist die Geschichte hier <https://www.wienschauen.at/mitten-im-4-bezirk-ein-altes-haus-verfaellt-freundgasse/>

Jetzt soll das Haus, das entkernt werden musste, weil es so sehr verfallen lassen wurde, bald saniert werden und etliche Kurzzeit-Appartements sollen dort angeboten werden.

Wir sind dafür, dass jeder neu zu schaffende Wohnraum in Wohnzonen auf der Wieden dem dauerhaften Wohnen und nicht der zusätzlichen Vermietungen für touristische Zwecke dienen soll. Vor allem nicht in einer so wertvollen Denkmal- und Schutzzone. Der ehemalige Wohnungsbestand, der nur durch die Schuld des Eigentümers verloren gegangen ist, muss auch wieder regulärer Wohnungsbestand werden.

Es gibt auf der Wieden bereits ein ausreichendes Angebot an Kurzzeitvermietung.

Da Wohnraum ohnehin auf der Wieden sehr knapp ist, sind wir gegen eine Ausnahmebewilligung für Kurzzeitvermietung an dieser Adresse, falls die Eigentümerin nicht von ihrem Vorhaben abrückt. Die Wieden hat - angefangen von der Bezirksvorsteherin bis hin zu vielen Fraktionen und Mandatar*innen - in den letzten Jahren einen großen Bedarf an leistbarem Wohnraum im Bezirk immer wieder betont und sich gegen weitere Profitinteressen von Wohnraum ausgesprochen. Die neuen Regelungen seit Juli 2024 in Wien dienen genau dieser Beschränkung. Gerade im letzten Bezirks- und Wienwahlkampf war das Thema von enormer Wichtigkeit und bleibt es für uns in der neuen Legislaturperiode auch.

Wir brauchen nicht mehr Airbnb auf der Wieden, sondern Wohnraum für Bezirksbewohner*innen. Wir wollen auch keinen Overtourism wie in Barcelona und anderen europäischen Städten.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA
Bezirksrätin



Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

JUNGBÄUME WIEDNER HAUPTSTRASSE 50

Der zuständige amtsführende Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky wird ersucht, die Magistratsabteilung 42 Wiener Stadtgärten zu beauftragen, den Zustand der drei Jungbäume auf der Wiedner Hauptstraße Höhe Nr. 50 zu prüfen und je nach Zustand der Bäume die Pflege zum Schutz der Bäume gegebenenfalls anzupassen.

Begründung

Die Wiedner Hauptstraße wurde 2024 umgestaltet.

Grünflächen wurden angelegt, Bäume wurden gepflanzt. Nun ein paar Monate später in der warmen Jahreszeit scheint es, dass diese Jungbäume nicht die besten Bedingungen haben. Die Bäume machen einen schlechten Eindruck, ihre Blätter wirken zu trocken. Woran es liegt, können wir nicht ausreichend beurteilen.



Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA
Bezirksrätin

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden und der Klub der Grünen Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

PFLANZUNG VON NASCHHECKEN

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, wird ersucht, die Pflanzung mehrerer Naschhecken in Gemeindebauten auf der Wieden prüfen zu lassen.

Begründung

Naschhecken sind kleine öffentlich zugängliche Obstgärten, in denen verschiedene Beerensorten gepflanzt werden können. Nach dem Vorbild bereits erfolgter Pflanzungen in Penzing durch die Bezirksvorstehung in Kooperation mit dem Ökosozialen Forum wird demnach ersucht, auch auf der Wieden mit Organisationen wie dem Ökosozialen Forum zu kooperieren, und auch mittels Grätzllabor, Gebietsbetreuung, Wohnpartner, und Mieter*innenbeiräten die Bewohner*innen selbst in die Entscheidungen über konkrete Orte und konkrete Obstsorten einzubinden. Geeignete Orte für der Klub der Grünen Wieden, der Klub von NEOS die Naschhecken könnten vor allem Grünflächen in Gemeindebauten sein, zum Beispiel auf dem straßenseitigen Abstandsgrün des Bertha von Suttner-Hofs an der Ecke Favoritenstraße (siehe Foto unten).

Naschhecken kommen allen zugute, vor allem aber jenen, die keinen Zugang zu einer eigenen Freifläche haben. Sie fördern die Artenvielfalt, das Wissen über und den niederschweligen Zugang zu Obst und sorgen für notwendiges zusätzliches Grün in der Stadt.

Durch Gießpatenschaften können außerdem Bewohner*innen in die Pflege und den Erhalt der Naschhecken eingebunden werden. Dadurch kann wiederum die Nachbar*innenschaft, die Kommunikation und das gute Zusammenleben gestärkt werden.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA
Bezirksrätin



© Foto von Amela Pokorski, aufgenommen in Penzing im Juni 2025: Naschhecke in Penzing



© Foto von Anna László, aufgenommen auf der Wieden im Juni 2025: Straßenseitiges Abstandsgrün im Bertha von Sutter-Hof



Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

ZWANGSARBEIT UND HISTORISCHE VERANTWORTUNG

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, dass sich auch auf der Wieden ansässige Unternehmen und Eigentümer zu ihrer jeweiligen historischen Verantwortung für die Beteiligung an NS-Verbrechen (wie zum Beispiel Rüstung, Zwangsarbeit, Arisierungen etc.) bekennen und sich ideell und finanziell zu geschichtspolitischen Aufarbeitungsprojekten beitragen.

Begründung

80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Niederlage des Dritten Reichs, die viele österreichischen Nazis/viele Österreicher als ihre eigene verstanden haben, befinden sich auf der Wieden noch einige unsichtbare und offen sichtbare Braune Flecken.

In Zeiten von Sparmaßnahmen für die öffentliche Hand im Bezirk ist es durchaus angebracht, eine Partner*innenschaft mit privaten Großunternehmer*innen anzustreben, um ausstehende Projekte wie die Kontextualisierung des Nazi-Wandbildes, die Zwangsarbeiter*innen-Lager, den NS-Kriegsgerichtshof und weitere Gedenksteine zu finanzieren und damit auch zu realisieren.

Ein Beispiel ist die Firma Swietelsky. Das drittgrößte Bauunternehmen Österreichs hat z. B. auf ihrem Firmensitz in der Wiedner Hauptstraße 56 das Luxus-Eigentumsimmoprojekt „Ein Wiedner“ vor einigen Jahren umgesetzt. Das Unternehmen hat sich erst durch die Konfrontation von historischen Unterlagen und Medien im Jahr 2020 mit der eigenen Verantwortung auseinandergesetzt. So stellte sich heraus, dass das Unternehmen an der „Straße der SS“ mitgearbeitet haben, besser gesagt, sie haben Zwangsarbeiter*innen für sich arbeiten lassen.

In weiterer Folge soll auch eine Partner*innenschaft mit der TU Wien bezüglich ihrer Nazi-Vergangenheit mit dem Bezirk eingegangen werden. Die TU, damals TH, war gemeinsam mit der Boku die Erste, die ein rassistisches Studentenrecht bereits im Studienjahr 1924/25 durchgesetzt hat und ab 1938 Angehörige der Hochschule rassistisch vertrieben hat. Auf dem Grundstück des heutigen TU-Freihauses befand sich das größte Zwangsarbeiter*innen-Lager auf der Wieden. Die Technische Hochschule selbst befand sich nur einige Meter weiter. Angehörige der TH wussten also von den Verbrechen vor Ort und selbstredend auch darüber hinaus.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA
Bezirksrätin



Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

AUSWERTUNG FAHRTENSCHREIBER 13A

Die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.a Ulli Sima wird ersucht, die Wiener Linien zu beauftragen, die Fahrtenschreiber der Autobuslinie 13a zwischen der Johann-Strauß-Gasse und dem Hauptbahnhof auszuwerten.

Die Ergebnisse sollen der Bezirksvorsteherin zur Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden, mit dem Ziel, die Verkehrsorganisation in Richtung zügigeres Durchkommen für den Bus und dennoch möglicher Verkehrsberuhigung zu optimieren..

Begründung

Die Wieden ist von sehr viel Durchzugsverkehr betroffen. An die 20.000 KfZ fahren pro Tag allein auf der Favoritenstraße stadtein- und stadtauswärts. 80 – 90% dieses Verkehrs bringen der Wieden und ihren Bewohner*innen nichts. Die meisten Menschen nutzen auf der Oberen Wieden andere Verkehrsmittel wie zum Beispiel den 13a und die U1, die allein pro Stunde in jede Richtung an die 20.000 Menschen transportiert.

Die Autobuslinie 13a wird auf der auszuwertenden Strecke durch verschiedenste Faktoren immer wieder verzögert und blockiert. Um ein besseres und zügigeres Vorankommen der öffentlichen Autobuslinie zu erreichen und gleichzeitig eventuell mögliche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen z. B. Tempo 30 (wo es noch nicht verordnet ist) für den KfZ-Verkehr auf der Wieden setzen zu können, ohne die Buslinie 13a zu beeinträchtigen, müssen wir wissen, wie es tatsächlich um die Fahrten des 13a im besagten Gebiet steht. Die Wiener Linien sind laut unserer Auskunft bereit, diese Fahrtenschreiber zur Verfügung zu stellen.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA
Bezirksrätin



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. JUNI 2025**

**VERSTÄRKE KONTROLLE GEGEN ILLEGALES GERADEAUSFAHREN VON KFZS
ARGENTINIERSTRASSE ÜBER GUßHAUSSTRASSE**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen die folgende

RESOLUTION

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, dass die Polizei, an der Kreuzung Argentinierstraße (stadteinwärts) Gußhausstraße verstärkte Kontrollen gegen das illegale Geradeausfahren von KFZs durchzuführen.

BEGRÜNDUNG:

Durch das Zusatzschild bei der Zufahrt über die Schwindgasse zur Fahrradstraße Argentinierstraße ist bereits jetzt verordnet, dass ein Befahren der Fahrradstraße Argentinierstraße von der Schwindgasse bis maximal zur Gußhausstraße zulässig ist (siehe Foto). Das bedeutet, dass schon jetzt das Geradeausfahren auf der Argentinierstraße über die Gußhausstraße für Autos und LKWs nicht zulässig ist. Da mehr als die Hälfte des MIV diese Kreuzung illegal geradeaus überfährt, benötigt es eine zusätzliche Erläuterung durch ein Rechtsabbiege-Gebotsschild und verstärkte Kontrollen durch die Polizei. Nur so kann das Ziel einer sicheren Fahrradstraße Argentinierstraße erreicht werden.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

